

Jessica Zeller und Sebastián Ezequiel Sustas
Die Durchlässigkeit des Staates

Feministische Forderungen und Geschlechterpolitik
unter den Regierungen Kirchner und
Macri in Argentinien



Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

www.rosalux.de

Redaktionsschluss: Mai 2019

Autor*innen: Jessica Zeller, Sebastián Ezequiel Sustas
Redaktion: Birte Keller, Caroline Kim
Illustrationen: Jana Kreisl
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Druck: www.hinkelstein-druck.de

Gedruckt auf: Circle Offset Premium White (100 % Altpapier)

Jessica Zeller ist Journalistin aus Berlin und berichtet seit 2001 für Print- und Hörfunkmedien über Lateinamerika. Ihre Schwerpunkte sind Feminismus und Geschlechterpolitik, Menschenrechte und Umweltfragen. 2004 hat sie über emigrierte deutsche Sozialist*innen in Argentinien ihre Diplomarbeit im Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin verfasst.

Sebastián Ezequiel Sustas ist Soziologe und promovierter Sozialwissenschaftler an der Universidad de Buenos Aires. Er forscht unter anderem zu Fragen sexueller und reproduktiver Gesundheit, Sexualerziehung, Gesundheitssoziologie und öffentlicher Gesundheit. Am universitären Forschungsinstitut »Gino Germani« koordiniert er den Bereich Gesundheit und Bevölkerung.

Vorwort

Das Recht auf Abtreibung und auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper – kaum eine andere Forderung hat es in Argentinien in den letzten Jahrzehnten geschafft, so viele Menschen zu mobilisieren und die öffentliche Debatte derart zu dominieren. Die als «grüne Flut» bekannt gewordenen Proteste für eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die #NiUnaMenos-Bewegung gegen Femizide sind bis in die entlegensten Winkel des gesamten Landes vorgedrungen und haben nicht nur an den Fundamenten patriarchaler Fremdbestimmung gerüttelt. Mit ihrer überwältigenden Kraft haben sie vermocht, grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft zu erstreiten und damit Kämpfe und Köpfe weltweit zu inspirieren.

Die Stärke der feministischen und queerfeministischen Bewegung Argentiniens ist keineswegs neu. Bereits in den vergangenen Jahrzehnten hat sie es mehrfach geschafft, die öffentliche Debatte und politische Agenda zu beeinflussen und feministische und queere Forderungen zum Politikum zu machen. Dabei nahm sie den Staat zwar als zentralen Akteur für Veränderungen in die Pflicht, ließ sich trotz ihrer oftmals aktiven Rolle bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen aber nicht von ihm einnehmen. Dank der kritisch-konstruktiven Bewegung, deren Mobilisierungskraft auf jahrzehntelanger Erfahrung in Prozessen der Selbstorganisation basiert, wurden in Argentinien Gesetze verabschiedet, die im internationalen Vergleich lange eine Vorreiterrolle einnahmen – wie die Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt, zur gleichgeschlechtlichen Ehe oder Geschlechteridentität.

Diese oftmals konfliktive Beziehung zwischen Staat und streitbarer feministischer Zivilgesellschaft ist einer der zentralen Untersuchungsgegenstände der vorliegenden Studie, die sich vergleichend mit den geschlechterpolitischen Agenden der Regierungen Kirchner und Macri auseinandersetzt. Fragen, die uns dabei insbesondere interessieren, sind, inwiefern der Staat auf normativer Ebene durchlässig für die geschlechterpolitischen Forderungen der Straße ist und wo seine Grenzen ganz offenbar werden.

Die feministische Mobilisierung bleibt auf allen Ebenen zentral – als kritische Hüterin gesetzlicher Garantien, als fordernde Stimme für weitere Maßnahmen und als treibende Kraft politischer und gesellschaftlicher Gegenstrategien, die den neoliberalen, autoritären und reaktionär-patriarchalen Kräften etwas Positives entgegensetzen.

Birte Keller und Caroline Kim, Mai 2019

Inhalt

Geschlechterpolitik in Argentinien: ein umkämpftes Feld	7
---	---

1 Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt	10
1.1 Das Gesetz zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (2009)	10
1.2 Die Entstehung von #NiUnaMenos und die Entwicklung unter der Regierung Macri	14

2 Die Erweiterung und Anerkennung der Rechte von Homosexuellen und Trans*Personen	18
2.1 Die Reform des Eherechts (2010)	18
2.2 Das Gesetz zur Geschlechteridentität (2012)	20

3 Gewährung sexueller und reproduktiver Rechte	25
3.1 Staatliche Politik im Bereich der Empfängnisverhütung seit 2003	25
3.2 Das Nationale Programm einer umfassenden Sexualerziehung (2006)	27
3.3 Kampf für eine Legalisierung von Abtreibungen bis 2015	28
3.4 Die «grüne Flut» und die Beinahelegalisierung von Abtreibungen 2018	32

4 Sozialpolitik für Frauen zur Bekämpfung geschlechtlicher Ungleichheit	35
4.1 Das Dekret für ein Allgemeines Kindergeld (2009)	35
4.2 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für Frauen	37
4.3 Rentenpolitik unter den Regierungen Kirchner und Macri	39

Die Durchlässigkeit des Staates	41
---------------------------------	----

Literatur	44
-----------	----

Geschlechterpolitik in Argentinien: ein umkämpftes Feld

«**Nieder mit dem Patriarchat, es wird fallen, es wird fallen,
es lebe der Feminismus, er wird siegen, er wird siegen!**

(Protestruf auf den #NiUnaMenos-Demonstrationen)

Buenos Aires, 3. Juni 2015. Das feministische Kollektiv #NiUnaMenos (dt. Keine Einzige weniger) ruft zur ersten Großdemonstration gegen sexualisierte Gewalt in Argentinien auf. Anlass dafür war das Bekanntwerden eines brutalen Femizids – einem von etwa 300 Morden, die pro Jahr an Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht begangen werden. Über 200.000 Teilnehmende protestieren an diesem Tag in der Hauptstadt.

Seitdem hat #NiUnaMenos in dem südamerikanischen Land und weit darüber hinaus eine massive Wirkung entfaltet. Die als «grüne Flut» bekannt gewordenen Proteste im Jahr 2018 für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen machen deutlich, dass auch die Frage der Garantie und Erweiterung sexueller und reproduktiver Rechte die Massen auf die Straße bringt und bewegt. Und sie sind ein Indiz dafür, dass feministische Forderungen heute in Argentinien, einem Land, das auf eine lange Geschichte feministischer Mobilisierung blicken kann, zu einem zentralen Politikum geworden sind. Das hat auch Folgen für die Agenda von Opposition und Regierung.

So läutete die Amtsübernahme Mauricio Macris¹ im Jahr 2015 einen Politikwechsel in Argentinien ein und steuerte das Land nach zwölf Jahren linksperonistischem Kirchnerismus² auf einen wirtschaftsliberalen und wertekonservativen Kurs.³ Entsprechend unterscheiden sich «Kirchnerismus» und «Macrismus» wirtschafts- und sozialpolitisch auch klar voneinander: Während des Kirchnerismus dominierte ein anti-neoliberales Paradigma, das dem Staat eine neue Bedeutung verlieh, indem es ihn zum Hauptadressaten für die Anliegen sozialer Bewegungen und benachteiligter Bevölkerungsgruppen machte. Die Amtsübernahme Macris führte zu einer Wiederbesinnung auf Modelle, die das Land in den 1990er Jahren und bis zur Krise 2001/02 geprägt hatten. Für breite Bevölkerungsschichten verschlechterten sich vor allem seit 2018 ihre Lebensbedingungen drastisch angesichts gravierender Inflation und

1 Macris heterogenes Regierungsbündnis Cambiemos setzt sich aus seiner eigenen konservativ-liberalen Partei Propuesta Republicana (PRO), der liberalen Radikalen Bürgerunion Unión Cívica Radical (UCR) und der konservativen Bürgerunion Partido Coalición Cívica para la Afirmación de una República Igualitaria (CC-ARI) zusammen.

2 Angelehnt an die Namen von Néstor Kirchner (2003–2007) und Cristina Fernández de Kirchner (2007–2015) – Letztere heute eine zentrale Figur der peronistischen Opposition. Die Kirchnerjahre waren dominiert von linksgerichteten Strömungen innerhalb des Peronismus, verkörpert in dem Parteienbündnis Frente para la Victoria (FpV).

3 Macris Wahl ist vor dem Hintergrund eines reaktionären Rollbacks in der gesamten Region zu verstehen: In Lateinamerika sind die progressiven Mitte-links-Regierungen, die um die Jahrtausendwende an die Macht gekommen waren, größtenteils durch rechtskonservative und rechtsliberale Bündnisse abgelöst worden.

eines neoliberalen Staatsumbaus in Form von Kürzungen im Sozialbereich und Privatisierungen ehemals staatlicher Leistungen.

Dennoch schaffte es die feministische Bewegung auch unter Macri, ihre zentralen Forderungen auf die Agenda zu setzen und das politische Establishment zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung zu drängen. Gleichzeitig zeigt eine Analyse der Geschlechterpolitiken während des Kirchnerismus, dass insbesondere unter Cristina Kirchner zwar zentrale feministische Forderungen in Gesetze mündeten – die mangelhafte Umsetzung dieser Gesetze insbesondere in konservativen Landesteilen sowie die inhaltliche Begrenztheit der politischen Debatten offenbaren aber auch, dass der Druck der Straße damals noch nicht so groß war wie heute.

Die vorliegende Studie wirft einen genaueren Blick auf die Brüche und Kontinuitäten der geschlechterpolitischen Agenda unter den Regierungen Kirchner und Macri in Argentinien und befasst sich dafür anhand von vier Themenfeldern mit den politischen Programmen der jeweiligen Regierung einerseits und der Relevanz der Forderungen der feministischen Bewegung und der LGBTIQ-Aktivist*innen andererseits. Neben der Analyse von Gesetzen, Programmen, Sekundärquellen und Statistiken wurden Expert*innen befragt, die die staatlichen geschlechterpolitischen Programme unterstützt haben oder der feministischen und LGBTIQ-Bewegung nahestehen.⁴

Fragen, die aufgeworfen werden, sind unter anderem: Welche Programme und Gesetze brachten die Kirchner-Regierungen für Frauen und nichthegemoniale Geschlechteridentitäten auf den Weg – und worin lagen ihre Grenzen? Welche Maßnahmen wurden unter der Regierung Macri beibehalten, neugestaltet oder gar abgeschafft? Wann hatten feministische Forderungen in Argentinien Erfolg – und wie konsequent wurden die Inhalte der Bewegung in Gesetze und Programme der Regierung übersetzt? Welche gesellschaftspolitischen Akteur*innen spielten bei der Entscheidungsfindung eine Rolle? In welchen Themenfeldern gibt es Überschneidungen zwischen «Kirchnerismus» und «Macrismus» und wo nicht, wie sind sie jeweils zu erklären und was bedeutet das für die Verteidigung geschlechterpolitischer Errungenschaften in der Gegenwart und ihre mögliche Ausweitung in der Zukunft – gerade angesichts der baldigen Präsidentschaftswahlen, bei denen auch Teile des Kongresses neu besetzt werden?

Der Text gliedert sich in vier thematische Kapitel, die in sich chronologisch aufgebaut sind.

1 Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Hier stellt das 2009 verabschiedete Gesetz gegen sexualisierte Gewalt einen zentralen Bezugspunkt dar. Es verdeutlicht den Anspruch der Regierung von Cristina Kirchner, der Gewalt gegen Frauen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zu begegnen. Trotzdem war seine Umsetzung mangelhaft. Im Laufe der Jahre erweiterte die feministische Bewegung ihren Gewaltbegriff strukturell. Im Zentrum ihrer Kritik steht heute nicht nur der Machismo – als gesellschaftliches, nicht als individuelles Phänomen begriffen –, sondern auch die neoliberale

⁴ Ausdrücklich gedankt sei an dieser Stelle Gabriela Conder, Verónica Gago, Elsa Schwartzman, Marlene Wayar sowie den Teilnehmenden der Diskussionsveranstaltung «La ley de aborto el día después» am 3. August 2018 in Buenos Aires, die für ein persönliches Gespräch zur Verfügung gestanden haben. Noelia Manso gilt der herzliche Dank für ihre Unterstützung der Autor*innen bei der Recherche und der Einordnung von Quellen.

Politik der aktuellen Regierung. Denn obwohl unter Macri das Gesetz aus dem Jahr 2009 als solches nicht verändert wurde und die Regierung mit dem Versprechen antrat, die darin angekündigten Maßnahmen «effektiver» umzusetzen, konterkarieren Sparmaßnahmen diesen Anspruch. Die Gewalt gegen Frauen hat bis heute nicht abgenommen.

2 Erweiterung und Anerkennung der Rechte von Homosexuellen und Trans*Personen

Wie viele soziale Bewegungen Argentiniens wurden auch LGBTIQ-Aktivist*innen unter den Kirchner-Regierungen in staatliche Strukturen eingebunden und ihre Forderungen fanden Gehör. Der Aktivist Flavio Rapisardi spricht in diesem Zusammenhang von einer «anderen Durchlässigkeit des Staates» als vor der Krise des repräsentativen Systems im Dezember 2001 (zit. in: Hiller 2017: 146). Linke Parteien und Abgeordnete unterstützten die Bewegung bei der Durchsetzung ihrer Forderungen. So wurde 2010 eine Eherechtsreform verabschiedet, die es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglichte zu heiraten. Zwei Jahre später wurde ein bis dahin weltweit einzigartiges Gesetz zur Geschlechteridentität für Trans*Personen auf den Weg gebracht. Doch beide Vorhaben waren in ihrer gesellschaftlichen Reichweite begrenzt und hatten Leerstellen. War das der Grund für ihren Erfolg im argentinischen Kongress? Und wie wurde die Thematik unter Macri weiterverfolgt?

3 Gewährung sexueller und reproduktiver Rechte

Bei Fragen der Verhütungspolitik, sexuellen Aufklärung und der juristischen Handhabung von Schwangerschaftsabbrüchen handelten die Kirchner-Regierungen ambivalent. Die kostenlose Verteilung von Verhütungsmitteln wurde von staatlicher Seite gefördert und ein Gesetz zur umfassenden Sexualerziehung in Schulen und Bildungseinrichtungen auf den Weg gebracht – wenn auch landesweit sehr unterschiedlich umgesetzt. Doch die Legalisierung von Abtreibungen, seit Jahrzehnten eine zentrale Forderung der feministischen Bewegung, fand nicht statt. 2018 stand die Liberalisierung erneut auf der Tagesordnung. Obwohl der Gesetzentwurf knapp im Senat scheiterte, ging der Feminismus gestärkt aus der Debatte hervor. Ist eine Legalisierung von Abtreibungen in naher Zukunft deshalb wahrscheinlich?

4 Verbindung von Sozial- und Geschlechterpolitik

Obwohl sich der argentinische Arbeitsmarkt nach der Überwindung der Wirtschaftskrise 2001/02 erholt hatte, waren weiterhin mehr Frauen als Männer von staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig. Entsprechend wurden während des «Kirchnerismus» verschiedene sozialstaatliche Gesetze und Programme entwickelt, die sich besonders an den Bedürfnissen gesellschaftlich benachteiligter Frauen orientierten: zum Beispiel die Ausweitung des Kindergeldes, das Bildungs- und Beschäftigungsprogramm «Ellas Hacen» und die Einbeziehung von nichterwerbstätigen Frauen in das 1994 privatisierte und 2008 wieder verstaatlichte Rentensystem. Seit dem Amtsantritt Macris steht diese Sozialpolitik für Frauen unter Beschuss. War schon die Wirkung vieler Maßnahmen unter Kirchner begrenzt, modifizierte oder revidierte die aktuelle Regierung viele Entscheidungen ihrer Vorgängerin.

Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt

Mitte der 2000er Jahre war der «Kirchnerismus» als politische Kraft in Argentinien fest etabliert, eine Strömung innerhalb des Peronismus, die progressive und teilweise auch linksgerichtete Forderungen in ihre Agenda mit aufnahm. Néstor Kirchner war es in seiner Amtszeit als Präsident (2003–2007) gelungen, der institutionellen Politik neue Glaubwürdigkeit zu verleihen. Seit Dezember 2007 regierte seine Ehefrau und politische Weggefährtin Cristina Fernández de Kirchner als erstes demokratisch gewähltes weibliches Staatsoberhaupt das Land.

Frauenrechte spielten für sie zwar auf diskursiver Ebene kaum eine Rolle – sie bezeichnete sich niemals als Feministin. Dennoch flossen viele Forderungen der argentinischen Frauenbewegung in ihre Politik ein.⁵ Außerdem schufen internationale Verträge und Abkommen, bei denen Menschenrechte zunehmend mit Frauenrechten verknüpft wurden, einen Rahmen für das Handeln ihrer Regierung.⁶ In diesem Kontext wurde auch der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen von staatlicher Seite neu begegnet.

1.1 Das Gesetz zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (2009)

«Wir gehen einen weiteren Schritt in Richtung Erweiterung und Gewährleistung von Rechten – für alle Menschen und in diesem Fall für die Frauen.

(Präsidentin Cristina Kirchner, zit. in: Télam 2010)

⁵ Innerhalb der bürgerlichen argentinischen Frauenbewegung hatte seit der Jahrtausendwende eine inhaltliche Öffnung stattgefunden, durch die neue soziale Akteur*innen mit eingebunden wurden. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die seit 1986 jährlich stattfindenden landesweiten Frauentreffen (Encuentros Nacionales de Mujeres), an denen ab Ende der 1990er Jahre auch *piqueteras*, Vertreterinnen der organisierten Erwerbslosenbewegung, teilnahmen und ihre Forderungen nach einer Verbesserung der Lebensbedingungen ärmerer Frauen und ihre Kritik am Neoliberalismus einbrachten.

⁶ Im Juli 2007 war nach jahrelangen Debatten und durch den Druck linker Parteien und der Frauenbewegung das Fakultativprotokoll der UN-Frauenrechtskonvention verabschiedet worden – eine wichtige Weichenstellung für weitere nationalstaatliche Gesetze für Geschlechtergerechtigkeit.

«Das Gesetz ist unser wichtigstes Werkzeug. Denn es betrachtet geschlechtsspezifische Gewalt im weitesten Sinne und sieht vor allem den Staat in der Pflicht, Politiken verschiedener Art zu konzipieren und umzusetzen, um diese Art von Gewalt zu beseitigen und zu verhindern.

(Menschenrechtsaktivistin und Abgeordnete Victoria Donda, zit. in: Perfil 2012)

Im «Gesetz zum umfassenden Schutz vor allen Formen der Gewalt gegen Frauen in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen» (Ley 26.485, 2009), das im November 2008 vom Senat und im März 2009 vom Abgeordnetenhaus einstimmig verabschiedet wurde,⁷ werden verschiedene Erscheinungsformen der Gewalt gegen Frauen genannt, die bekämpft werden sollen: häusliche Gewalt, die Diskriminierung von Frauen durch Staatsbedienstete und Institutionen, die Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz, sexistische Darstellungen in den Medien, Gewalt im medizinischen Bereich (v. a. in der Geburtshilfe) sowie die Verletzung der «reproduktiven Freiheit» etwa bei der Entscheidung über die Anzahl der gewünschten Kinder und den Zeitpunkt von Schwangerschaft(en). Der Staat garantiert durch dieses Gesetz Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen, kostenfreie gesundheitliche Versorgung, juristischen Beistand und ökonomische Unterstützungsprogramme für die Opfer von Gewalt, die Errichtung von Frauenhäusern sowie Bildungs- und Therapieprojekte für gewalttätig gewordene Männer.

Neben verschiedenen Ministerien und Staatssekretariaten wurde vor allem der 1992 als erste staatliche Stelle für Geschlechterpolitik gegründete Nationale Frauenrat (Consejo Nacional de las Mujeres) mit der Umsetzung der Aufgaben beauftragt. Zuständig ist dieser unter anderem für die Erstellung, Umsetzung und Überwachung eines Nationalen Aktionsplans, eine landesweite kostenfreie Telefonhotline für von Gewalt betroffene Frauen, die kontinuierliche Schulung von Mitarbeiter*innen im Justiz-, Sicherheits- und Polizeiapparat, die Zusammenarbeit mit Lehrkräften an Schulen und Bildungseinrichtungen sowie Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Realisierung dieser Maßnahmen hängt jedoch nicht nur vom politischen Willen der verantwortlichen Akteur*innen ab, sondern ist insbesondere an die dafür bereitgestellten Haushaltsmittel gebunden.

Bis heute wird das Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt von linken Kritiker*innen der Kirchner-Regierung wie der Journalistin und Anwältin Gabriela Conder einerseits als «beispielhaft» bezeichnet und andererseits auf seine mangelnde Umsetzung hingewiesen (Conder 2018). In einem Bericht von 2014 kritisiert das feministische Institut Equipo Latinoamericano de Justicia y Género (ELA), das sich auf die Analyse der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechten innerhalb staatlicher Strukturen und

⁷ In beiden Kammern gab es keine Gegenstimmen, im Abgeordnetenhaus enthielten sich fünf der anwesenden 178 (von insgesamt 257) Vertreter*innen der Stimme.

Normen spezialisiert hat, dass verschiedene im Gesetz enthaltene Aufgaben nur spät oder zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch nicht angegangen worden seien. Die landesweite kostenfreie Telefonhotline für betroffene Frauen und das wirtschaftliche Unterstützungsprogramm für Opfer von Gewalt wurden erst 2013 eingeführt, ein nationaler Aktionsplan fehlte zum damaligen Zeitpunkt noch vollständig (und sollte erst Mitte 2016 veröffentlicht werden). Die Stellen, an die sich Opfer von Gewalt wenden können, seien landesweit äußerst ungleich verteilt – so werde die im Gesetz garantierte kostenlose Rechtsberatung und -vertretung lediglich in der Hauptstadt Buenos Aires umfassend gewährleistet. «Gewalt gegen Frauen hat zwar öffentlich an Aufmerksamkeit gewonnen und die Entscheidung, auf ihre Beseitigung hinzuwirken, ist wohl gesellschaftlicher Konsens. Doch auf der höchsten politischen Ebene wird dem Thema nicht die gewünschte Priorität eingeräumt», schließt der Bericht mit einer Kritik, die sich direkt an die Präsidentin richtet (ELA 2014: 42).

Feministische Organisationen und Aktivist*innen bemängelten zudem seit der Verabschiedung des Gesetzes 2009 wiederholt die fehlenden staatlichen Angaben zur Zahl der Frauenmorde, die darin ebenfalls zugesichert worden waren. Bis 2015 blieb es allein zivilgesellschaftlichen Organisationen überlassen, diesbezüglich Datenmaterial zu sammeln und zu publizieren. Die feministische Bildungseinrichtung La Casa del Encuentro, die seit 2008 auf Basis von Veröffentlichungen und Meldungen in verschiedensten Medien Daten sammelt, erfasste für 2014 bis 2017 zwischen 277 und 295 Frauenmorde jährlich.⁸ Mit anderen Worten: Etwa alle 30 Stunden wird in Argentinien eine Frau umgebracht – weil sie eine Frau ist.⁹ Dabei stellen Femizide lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Die Statistiken der staatlichen Telefonhotline zeigen die vielen Formen alltäglicher Gewalt, denen Frauen ausgesetzt sind. Täglich riefen durchschnittlich 300 (2015) bzw. 800 (2016) Frauen an: «Zu keinem Moment sehen wir, dass die Aggressionen gegen Frauen weniger geworden sind. Stattdessen nehmen sie zu. Eine Information, die uns zu denken geben sollte», stellt die feministische Ethnologin Rita Segato ernüchtert fest (Segato 2018: 6) und gibt zu bedenken, dass Straflosigkeit und das Misstrauen der Bevölkerung in das Handeln des Staates miteinander einhergingen. Demnach erziele das Gesetz erst dann eine breite Wirksamkeit, wenn die Gesellschaft darauf vertrauen könne, dass seine Inhalte auch umgesetzt würden.

Tatsächlich stellt die mangelhafte Rechtsprechung ein Kernproblem im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt dar. Grund hierfür ist einerseits der gesetzliche Rahmen. So waren Gewalt und Vergewaltigung in der Ehe bis 2012 kein Straftatbestand. Auch Männer, die eine Frau ermordeten, konnten bis dahin mit mildernden Umständen rechnen, mit der Begründung, dass sie unter «heftigen Emotionen» gehandelt hätten (Art. 81 des argentinischen Strafgesetzbuches). Seit der Reform des Strafgesetzbuches 2012 droht zwar jedem Mann, der eine Frau aus Hass tötet, die Höchststrafe (lebenslange Freiheitsstrafe), auch

8 2014: 277, 2015: 286, 2016: 290, 2017: 295 und für die Monate Januar bis Oktober 2018: 225 Frauenmorde (La Casa del Encuentro o. J.).

9 Die argentinische Soziologin Jimena Kohan verweist darauf, dass der Begriff des Frauenmordes/Femizids weltweit nicht einheitlich verwendet wird und in die nationalen Statistiken – so überhaupt vorhanden – kein einheitlich erhobenes Datenmaterial fließt (Kohan 2018). Länderübergreifende Vergleiche sind deshalb schwierig zu ziehen. In Deutschland fallen viele Frauenmorde unter den Begriff der sogenannten Beziehungstaten. Im Jahr 2017 wurden laut Bundeskriminalamt 147 Frauen von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet – also jeden zweiten bis dritten Tag eine Frau.



wenn der Tatbestand des Femizids nicht namentlich genannt wird (Ministerio de Justicia 2019) – ob die Strafe vollstreckt wird, steht aber auf einem anderen Blatt.

Dies führt uns zum zweiten Problem im Kontext einer konsequenten Umsetzung von Frauenrechten: der «zutiefst patriarchale Charakter» (Conder 2018) des argentinischen Justizapparats. Die Anwältin Gabriela Conder kritisiert, dass das Gesetz von 2009 keineswegs für einen sozialen Wandel gesorgt habe: Die Gerichte urteilten bis heute nicht einheitlich und konsequent¹⁰ und progressive Urteile habe es, wenn überhaupt, nur aufgrund von Protesten der feministischen Bewegung gegeben. «Wir müssen unsere Forderungen in den öffentlichen Raum tragen. Falls wir das nicht tun, agiert das Justizsystem völlig unkontrolliert und urteilt in der Regel konservativ und frauenfeindlich» (ebd.).

1.2 Die Entstehung von #NiUnaMenos und die Entwicklung unter der Regierung Macri

«**Schauspielerinnen, Politikerinnen, Künstlerinnen, Unternehmerinnen, gesellschaftliche Akteurinnen, Frauen ... nun, ihr alle: Werden wir wohl endlich unsere Stimme erheben? SIE BRINGEN UNS GERADE UM!**

(Journalistin Marcela Ojeda 2015)

«**Es handelt sich nicht nur um ein polizeiliches oder juristisches Problem. Wir erleben momentan eine Kultur der Zerstörung alles Weiblichen.**

(Präsidentin Cristina Kirchner 2015)

Mitte 2015 formierte sich in Argentinien das feministische Kollektiv #NiUnaMenos (dt. Keine Einzige weniger), um gegen die hohe Zahl und die mangelhafte staatliche und juristische Bekämpfung der Femizide zu mobilisieren – und vermochte es, den Impuls für eine neue feministische Massenbewegung zu geben.

¹⁰ Teilweise bezweifelten die Richter*innen die Verfassungsmäßigkeit des modifizierten Artikels 80 im argentinischen Strafgesetzbuch – und urteilten entsprechend milder (ELA 2014). In anderen Fällen zogen sie den Lebensstil des Opfers als Umstand für die Tat hinzu und sprachen die Angeklagten vom Vorwurf des Frauenmords frei, wie etwa im Fall der 16-jährigen Lucía Pérez im Dezember 2018.

Die Regierung von Cristina Kirchner begegnete der inhaltlich keineswegs neuen, aber diesmal massiv vorgetragenen Kritik umgehend mit mehreren Maßnahmen. Bereits wenige Tage nach der ersten Großkundgebung im Juni 2015 wurde die Einführung einer Statistik zu Frauenmorden auf Grundlage juristischen Datenmaterials angekündigt. Seitdem werden auch von staatlicher Seite Zahlen und Informationen erfasst.¹¹ Auch der kostenlose Rechtsbeistand für von Gewalt betroffene Frauen wurde verbessert und Ende 2015 ein verpflichtender Projekttag an Schulen eingeführt, um geschlechtsspezifischer Gewalt vorzubeugen.

Im November 2015 setzte sich bei der Präsidentschaftswahl der rechtskonservativ-liberale Kandidat Mauricio Macri durch und leitete in vielen Bereichen einen Politikwechsel hin zu wertekonservativen und wirtschaftsliberalen Paradigmen ein. Die Tatsache, dass weder sein Wahlkampf noch seine ersten drei Regierungsjahre durch eine dezidiert antifeministische Haltung geprägt waren, ist weniger seinen eigenen Überzeugungen geschuldet – Macri ist in der Vergangenheit mehrfach durch sexistische Äußerungen aufgefallen¹² –, sondern vor allem der erstarkten Frauenbewegung und der liberalen Stimmen im eigenen Lager, die feministische Forderungen teilweise unterstützten. Für die Kulturosoziologin Beatriz Sarlo verkörpert der Präsident deshalb «keinen ideologischen, sondern einen taktischen Politikertyp» (zit. in: Pikielny 2018).

Im Juli 2016 wurde ein «Aktionsplan zur Vorbeugung, Bekämpfung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen» für die Jahre 2017 bis 2019 veröffentlicht (Consejo Nacional de la Mujeres 2016). Das sehr umfangreiche Schriftstück listet knapp 70 größtenteils bereits aus dem Gesetz von 2009 bekannte Maßnahmen detailliert mit Zeitplan für ihre Umsetzung auf. Neu ist der Fokus auf technische Lösungen wie die Entwicklung einer Smartphone-App für die landesweite Telefonhotline oder der Einsatz elektronischer Fußfesseln bei nicht inhaftierten Männern, die wiederholt geschlechtsspezifische Gewalt angewendet haben.

Auf institutioneller Ebene beauftragte Macri Fabiana Tuñez, eine der Gründerinnen der renommierten feministischen Einrichtung La Casa del Encuentro, mit der Leitung des Nationalen Frauenrats. Im September 2017 wurde der Frauenrat von der Regierung zum Nationalen Fraueninstitut INAM (Instituto Nacional de las Mujeres) mit Rang eines Staatssekretariats aufgewertet. Doch ein großes Problem ist die mangelhafte finanzielle Ausstattung des INAM. Zwar wurde der Etat des Instituts seit Macris Amtsantritt jährlich erhöht, doch konnten die Anpassungen im Jahr 2018 die Inflationsrate von fast 50 Prozent keineswegs ausgleichen. Auch 2019 ist von einer realen Kürzung der Mittel um etwa 20 Prozent auszugehen (Fulco 2018). Die Mittel des INAM für die Verwirklichung des ehrgeizigen Aktionsplans wurden für 2019 von 50 auf 32 Millionen Peso verringert. Auch wenn staatliche Stellen versichern, dass Maßnahmen des Aktionsplans nicht allein über das INAM finanziert würden, ist bereits abzusehen, dass die Einschnitte spürbar sein werden (ebd.).

¹¹ Allerdings werden hier nur Taten erfasst, die tatsächlich zur Anzeige gebracht wurden. 2014 waren das 225, 235 im Jahr 2015, 254 im Jahr 2016 und 251 Frauenmorde im Jahr 2017 (Corte Suprema de la Nación o. J.) – deutlich weniger als von La Casa del Encuentro für denselben Zeitraum verzeichnet.

¹² Ende 2014 erklärte er zum Beispiel gegenüber der Presse: «Frauen lieben es einfach, Komplimente zu bekommen, egal wie unhöflich diese daherkommen. Wenn ihnen jemand sagt, dass ihr Hintern toll ist, gibt es für sie nichts Schöneres. Wer was anderes behauptet, der lügt» (zit. in: Clarín 2014).

Gleichzeitig griffen die Austeritätspolitiken, die unter Macri implementiert wurden, die Lebensbasis von Frauen in besonderem Maße an. Denn Frauen sind aufgrund der traditionellen Arbeitsteilung und tradierten Rollenbilder von den Sparmaßnahmen der Regierung etwa bei den Subventionen von täglichen Bedarfsgütern (u. a. Energie- und Transportkosten) sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich¹³ besonders betroffen: Zum einen sind sie mehrheitlich in diesem Sektor beschäftigt, zum anderen liegt es vor allem bei ihnen, den Rückzug des Staates durch unentgeltlich geleistete zusätzliche Sorgearbeit abzufedern, da die geschlechtliche Arbeitsteilung sehr ungleich verteilt ist (Barragán 2018).

Die strukturelle Gewalt, die diesen Maßnahmen innewohnt, und die physische Gewalt, die dadurch hervorgerufen wird, war es, die die Frauen zu Abertausenden auf die Straße trieb. So hieß es in einer auf der zweiten #NiUnaMenos-Demonstration im Juni 2016 verlesenen Erklärung: «Mit der Leitung des Frauenrats wird eine Feministin wie Fabiana Tuñez betraut. Gleichzeitig treffen die Kürzungen von Sozialausgaben, Renten und Subventionen und die massenhaften Entlassungen in erster Linie uns Frauen, die wir für andere Menschen sorgen, ohne dafür Geld zu bekommen» (Ni una menos 2016).

«**Wenn die Armut zunimmt, trifft es als Erstes uns Frauen. Wenn die sozialen Konflikte sich in die Häuser und Wohnungen verlagern, trifft es als Erstes uns Frauen.**»
(Ni una menos 2016)

Die neoliberalen Kürzungen wurden in einen direkten Zusammenhang zur Gewalt gegen Frauen gestellt.

Wichtigen Anteil an diesem breiten, intersektional angelegten Verständnis von Gewalt hatte der «Feminismus von unten» (*feminismo popular*), der im Laufe der Jahre 2016 und 2017 eine zentrale Stellung bei #NiUnaMenos einnahm. Vorangetrieben durch Frauen (und Trans*Frauen) unterschiedlichster Hintergründe artikulierte und radikalisierte sich die Bewegung und fand das Instrument der feministischen Streiks als schlagkräftige Ausdrucksform. «Feminismus ist nicht mehr, wie er es viele Jahre lang war, ein thematisch eher begrenzter Aktivismus, der sich vor allem in der Mittelschicht und in akademischen Kreisen artikuliert. Vielmehr hat er es geschafft, diese Begrenzung aufzubrechen und zu einer übergreifenden

13 Insgesamt nimmt der Anteil der Mittel für Bildungs- und Gesundheitspolitik im Verhältnis zum Gesamthaushalt seit 2015 kontinuierlich ab. Eine genaue Übersicht der Verteilung der Staatsausgaben 2019 auf die verschiedenen Ressorts findet sich bei Slipczuk (2018). Die im Vergleich relativ geringen Einsparungen im Ministerium für Gesundheit und soziale Entwicklung von 0,5 Prozent sind vor allem der Tatsache geschuldet, dass neben Sozialausgaben daraus auch die staatlichen Rentenzahlungen bestritten werden, die zuvor dem Arbeitsministerium oblagen. Die Höhe dieser Ausgabe kann mittelfristig über Gesetzesänderungen deutlich verringert werden (siehe dazu Kapitel 4).

Angelegenheit zu werden», fasst die Soziologin und Feministin Verónica Gago diese Entwicklung zusammen (2018).

Dem breiten Gewaltverständnis der Straße steht ein enges Verständnis der Regierung gegenüber: Macri spricht sich zwar gegen Gewalt gegen Frauen aus, seine Argumentation stellt jedoch lediglich den einzelnen, gewalttätigen *Macho* in den Fokus, dem er einen *Gentleman/Caballero* als positives Beispiel gegenüberstellt. Sexualisierte Gewalt ist somit ein privates und kein politisches Problem. Dieser Logik folgend sind zwar Reformen, die individuelle Gewalt verhindern, möglich. Da jedoch keine gesellschaftliche Verankerung des Gewaltphänomens stattfindet, werden auch keine Maßnahmen ergriffen, die an einer strukturellen Lösung ansetzen.

Infolgedessen können Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt zwar unter der aktuellen Regierung verabschiedet werden, doch bedürfen diese Entscheidungen immer des Drucks von außen. So war es letztlich einem offenen Brief Abgeordneter aus verschiedenen Fraktionen zu verdanken, dass das Gesetz Micaela, das alle Staatsbediensteten dazu verpflichtet, eine Fortbildung zur geschlechtsspezifischen Gewalt zu besuchen, Ende 2018 noch vor der argentinischen politischen Sommerpause verabschiedet wurde (Ley 27.499, 2018).¹⁴ Das Gesetz setzt eine wichtige feministische Forderung um und kann somit als Zugeständnis an die Bewegung gewertet werden. Allerdings ist die Finanzierung der Maßnahme noch nicht geklärt. Auch sie läuft Gefahr, letztlich nicht konsequent umgesetzt zu werden.

Für die einen ist Macri aufgrund seiner vergleichsweise offenen Haltung «der Feminist, an den man am wenigsten geglaubt hat». Als solchen bezeichnete ihn die Leiterin des Nationalen Fraueninstituts Fabiana Tuñez am 8. März 2018, dem Internationalen Frauentag. Eine Meinung, die auch politische Stimmen aus dem rechtskonservativen Lager teilen, für die seine Vorstellungen an manchen Stellen schon zu weit gehen. Doch für das Gros der feministischen Bewegung – die am selben Tag streikte, als Tuñez den Präsidenten öffentlich lobte, und für ihre Forderungen auf die Straße ging – ist Macris Geschlechterpolitik eine reine PR-Maßnahme, ein *pinkwashing* mit dem Ziel, die Regierung im In- und Ausland als modern und fortschrittlich darzustellen.

14 Micaela García, auf deren Namen das Gesetz zurückgeht, war eine junge peronistische Feministin. 2017 wurde sie auf dem Heimweg von einem Tanzclub vergewaltigt und ermordet. Der Täter war ein Mann, der bereits wegen Vergewaltigung im Gefängnis gesessen hatte und zu diesem Zeitpunkt vorzeitig auf Bewährung entlassen worden war.

Die Erweiterung und Anerkennung der Rechte von Homosexuellen und Trans*Personen

Für Präsidentin Cristina Kirchner stand neben der sozialen Anerkennung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen und der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen immer auch die Ausweitung der Rechte von Minderheiten und benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen im Zentrum ihrer Politik. Dabei waren die von ihr angestoßenen bzw. unterstützten Gesetze zur Erweiterung und Anerkennung der Rechte von Homosexuellen und Trans*Personen nicht nur für die LGBTIQ-Bewegung eine wichtige Anerkennung ihrer langjährigen politischen Forderungen. Der Präsidentin gelang es damit auch, sich im In- und Ausland als modernes, aufgeklärtes Staatsoberhaupt zu präsentieren und sich für bestimmte Wählergruppen zu öffnen.

2.1 Die Reform des Eherechts (2010)

«**Wir wollen die gleichen Rechte und keine Sonderbehandlung. Denn das würde bedeuten, dass wir für den Staat weiterhin Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse sind.**

(LGBTIQ-Aktivistin María Rachid, zit. in: Hiller 2017: 186)

Im Juli 2010 wurde das Gesetz zur Reform des zivilen Eherechts, in Argentinien besser bekannt als Gesetz der gleichgeschlechtlichen Ehe (Ley de Matrimonio Igualitario) verabschiedet, das lesbischen und schwulen Paaren ermöglicht, zu heiraten. In Artikel 2 heißt es: «Die Ehe muss den gleichen Anforderungen genügen und die gleichen Wirkungen mit sich bringen – unabhängig davon, ob die beabsichtigten Ehepartner das gleiche oder unterschiedliche Geschlechter haben» (Ley 26.618, 2010). Argentinien war damit das erste lateinamerikanische Land, das auf nationalstaatlicher Ebene die «Ehe für alle» ermöglichte.

Es war die erstarkte LGBTIQ-Bewegung des Landes, welche das Projekt mithilfe linksorientierter Abgeordneter auf die institutionelle Agenda gesetzt hatte. Dabei hatten die Unterstützer*innen geschickt auf der Ebene gleicher Rechte für alle Bürger*innen argumentiert und somit nicht das monogame, romantische Zweierbündnis als solches infrage gestellt, sondern lediglich die Zielgruppe um Lesben und Schwule erweitert.

Die Tatsache, dass die «Ehe für alle» in Argentinien zu einer zentralen Forderung der LGBTIQ wurde, kann nicht zuletzt auf eine veränderte Wahrnehmung der Institution Ehe als solche zurückgeführt werden. Diese wurde von der Bewegung zunehmend als ein «Vertrag

unter Gleichen» verstanden, der auch gleichgeschlechtlichen Paaren rechtlich zustehen sollte. Hinzu kamen Erfahrungen mit Krankheiten wie Aids, die überlebende langjährige Partner*innen oft recht- und mittellos zurückgelassen hatten, und die zunehmende Existenz von Regenbogenfamilien ohne jede staatliche Anerkennung. Auch waren viele staatliche Unterstützungsleistungen, auf die mit der neoliberalen Ausrichtung der Politik in den 1990er Jahren und erst recht im Zuge der Krise 2001/02 immer mehr Argentinier*innen angewiesen waren, nur aufgrund von ehelichen und familiären Verbindungen zu beziehen. Die linke Feministin Celina Rodríguez bezeichnet den Kampf von Lesben und Schwulen für das Recht zu heiraten deswegen als «rein strategisch» motiviert: «Die Ehe als solches fanden die meisten von ihnen weiterhin ziemlich spießig. Es ging ihnen vor allem darum, den oder die Partner*in im Falle einer Krankheit besser unterstützen zu können» (Rodríguez 2018). Das Anrecht Homosexueller auf die ehemals heteronormativ verstandene Institution der Ehe und der damit verbundenen Privilegien war im Kongress kontrovers diskutiert worden. Im argentinischen Abgeordnetenhaus wurde das heute geltende Gesetz schließlich im Mai 2010 mit deutlicher Mehrheit verabschiedet (126 Pro-, 110 Gegenstimmen sowie 16 Enthaltungen und vier Abwesenheiten). Da die Abgeordneten dabei nur nach «eigenem Gewissen» urteilten, ergab sich beim Abstimmungsverhalten ein interessantes Bild: Während die linksorientierten Parteien geschlossen für das Vorhaben votierten, waren sowohl das peronistische Regierungslager als auch die liberale UCR und die liberal-konservative Propuesta Republicana, aus der später die aktuell regierende PRO hervorgehen sollte, zutiefst gespalten. Der heutige Präsident Mauricio Macri, damals Bürgermeister der Stadt Buenos Aires, nahm eine ablehnende Haltung ein. Hatte er noch 1997 in einem Zeitungsinterview Homosexualität als «Krankheit» bezeichnet (zit. in: La Tinta 2016), plädierte er nun für eine nationale Ausweitung der Regelungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes, wie es seit Ende 2002 in der Hauptstadt Buenos Aires existierte – eine Idee, die die LGBTIQ-Bewegung längst hinter sich gelassen hatte (zit. in: La Capital, Mar del Plata 2009). Vor der entscheidenden Abstimmung im Senat, der zweiten Kammer des Kongresses, im Juli 2010, gingen die kirchlichen Gegner*innen des Gesetzentwurfes in die Offensive – mit einer Kampagne, die derart radikal war, dass sich selbst moderate Zweifler*innen nicht trautes, sie zu kritisieren. So verurteilte der heutige Papst und damalige Vorsitzende der argentinischen Bischofskonferenz Jorge Bergoglio die gleichgeschlechtliche Ehe als einen «zerstörerischen Angriff auf den Plan Gottes» und eine «Bewegung der Lüge» (zit. in: Todo Noticias 2010). Dagegen trat Cristina Kirchner entschieden für die «Ehe für alle» ein und stellte sich wenige Stunden vor Beginn der Abschlussdebatte klar gegen die «inquisitorische» Kritik der Kirche:

«**Die Reform bedeutet, einer Minderheit das gleiche Recht zu geben, das die Mehrheit der Gesellschaft längst besitzt. Das finde ich nur richtig und fair. Denn wo kämen wir in einer Demokratie denn sonst hin?**

(Cristina Kirchner, zit. in: Hiller 2017: 237).

Das Votum im Senat fiel mit 33 Pro-, 27 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen recht deutlich für das Gesetz aus.¹⁵

Die Präsidentin untermauerte ihre klare Positionierung für die Rechte von Homosexuellen nach Inkrafttreten des Gesetzes durch einen symbolischen Akt: Erstmals in der Geschichte Argentiniens empfing sie Vertreter*innen der LGBTIQ-Bewegung im Regierungsgebäude Casa Rosada. Auch im Ausland präsentierte sie sich als Unterstützerin der Rechte sexueller Minderheiten. Mit ihrer offensiv liberalen Haltung gewann Cristina Kirchner nicht nur viel Zuspruch gerade bei jüngeren Menschen und der städtischen Bevölkerung, sondern beeinflusste auch die öffentliche Debatte positiv. Eine Haltung, die sie – bei allem Respekt dafür – wenig kostete: Denn die Anwendung des neuen Eherechts bedarf keiner zusätzlichen Programme oder laufenden finanziellen Mittel. Die Kosten der «neuen Ehen» machen sich lediglich indirekt über die den Paaren gewährten Vergünstigungen als fehlende Einnahmen im Staatshaushalt negativ bemerkbar. Heute läuft das Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe in Argentinien quasi «geräuschlos» nebenher und wird nicht mehr öffentlich diskutiert, geschweige denn infrage gestellt – auch nicht von der rechtskonservativen Regierung unter Präsident Macri. Dieser wichtige Baustein für die Erweiterung der Rechte von Lesben und Schwulen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz von Homosexualität bis heute vor allem in den Städten besteht, in denen sich auch die LGBTIQ-Bewegung konzentriert. Auf Bundesebene gibt es etwa bis heute keine Antidiskriminierungsgesetze zum Schutz der sexuellen Orientierung. In der Hauptstadt Buenos Aires und der Stadt Rosario hingegen sind kommunale Antidiskriminierungsvorschriften vorhanden.

2.2 Das Gesetz zur Geschlechteridentität (2012)

Die progressive Gesetzgebung für die Rechte von LGBTIQ-Personen unter der Regierung von Cristina Kirchner setzte sich in den folgenden Jahren weiter fort. Im Mai 2012 wurde das Gesetz zur Geschlechteridentität (*Ley de Identidad de Género*) verabschiedet. Es ermöglicht Trans*Personen, sich ohne juristische oder bürokratische Hürden in ihren Ausweisdokumenten mit einem Geschlecht ihrer Wahl eintragen zu lassen. Einzige Bedingung für die Berichtigung des eingetragenen Geschlechts, Vornamens und Bildes ist die Volljährigkeit der betreffenden Person.¹⁶ Psychologische Gutachten oder ein Nachweis über bereits vollzogene oder geplante geschlechtsangleichende Maßnahmen (chirurgische Eingriffe, Hormontherapie o. Ä.) werden ausdrücklich nicht als Bedingungen genannt, gleichzeitig verpflichtet das Gesetz die Krankenversicherungen zur dauerhaften Kostenübernahme im Falle einer geschlechtsangleichenden Behandlung (*Ley 26.743, 2012*).

¹⁵ Dass die Präsidentin, die sich zum Zeitpunkt der Abstimmung in China aufhielt, sich auf ihrer Reise ausgerechnet von zwei peronistischen Senatoren begleiten ließ, die entschiedene Gegner des Vorhabens waren und somit nicht votieren konnten, gehört wohl zu den kuriosen Randnotizen der Geschichte. Entscheidend für das Ergebnis war diese Tatsache nicht.

¹⁶ Unter bestimmten Voraussetzungen können jedoch auch Minderjährige in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen.

Die argentinische Regelung war zu diesem Zeitpunkt nicht nur in Lateinamerika, sondern auch weltweit einmalig: Trans*Personen werden darin nicht als «Kranke» diskriminiert, sondern in ihren Rechten als Bürger*innen gestärkt und somit erstmals als rechtsfähige Subjekte anerkannt. Die Trans*Aktivistin Diana Sacayán versteht das Gesetz als Schuldeingeständnis des Staates – kurz vor ihrer Ermordung im Oktober 2015 erklärte sie: «In dieser Anerkennung der Identität liegt das Eingeständnis des Staates, dass er vorher unsere Rechte systematisch verletzt hat, indem er uns das Recht abgesprochen hat, Subjekte und Staatsbürgerinnen dieses Landes zu sein» (zit. in: Kim 2017).

Die systematische Diskriminierung, auf die Sacayán verweist, äußerte sich damals wie auch heute in prekären Lebensbedingungen. Bis heute führt der gesellschaftliche und familiäre Ausschluss von Trans*Personen dazu, dass die große Mehrzahl der Betroffenen weder Schulabschluss noch Ausbildung hat und keine geregelte Arbeit ausüben kann – diese Situation wird durch die transphobe Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt noch verschärft. Laut einer Studie arbeiteten im Jahr 2012 von 209 Befragten 73 Prozent gelegentlich als Prostituierte, 42 Prozent bezogen ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus dieser Tätigkeit. Die Studie «*La Revolución de las Mariposas*» (dt. Die Revolution der Schmetterlinge) kommt für die Hauptstadt Buenos Aires zu ähnlichen Ergebnissen und schätzt die durchschnittliche Lebenserwartung von *travestis* auf 35 Jahre (gegenüber 77 Jahren in der Mehrheitsgesellschaft). Viele werden Opfer von Hasskriminalität (*travesticidios*), die vollkommen unzureichend dokumentiert, geschweige denn entsprechend juristisch geahndet wird. Grund hierfür ist nicht zuletzt der trans- und homophobe Justiz- und Polizeiapparat.¹⁷ *Travestis* über 35 bezeichnen sich angesichts dieser Situation oft als «Überlebende» (Nazábal 2017).

Das Gesetz zur Geschlechteridentität ist Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes von Aktivist*innen gegen diese Umstände und für Gerechtigkeit und Anerkennung. Bereits seit den 1990er Jahren hatten sich politische Aktivist*innen der Transbewegung die ursprünglich negative Selbstbezeichnung *travesti* kämpferisch angeeignet und innerhalb der argentinischen LGBTIQ-Bewegung organisiert. Im Mai 2010 – als die Reform des Eherechts nahezu verabschiedet war – gründete sich schließlich das «Landesweite Bündnis für ein Gesetz zur Geschlechteridentität» (*Frente Nacional por la Ley de Identidad de Género*) und formulierte einen Gesetzentwurf. Neben zahlreichen Menschenrechtsgruppen, sozialen und kulturellen Organisationen unterstützten auch Politiker*innen das Vorhaben – und zwar nicht nur solche aus dem linken oder linksperonistischen Spektrum, sondern auch Abgeordnete der liberalen UCR und der PRO des heute regierenden Präsidenten Macri.

Ende November 2011 brachten zwei linksperonistische und eine UCR-Abgeordnete den Antrag ins Abgeordnetenhaus ein, in dem der Gesetzentwurf nur einen Monat später fast einstimmig verabschiedet wurde (167 Pro-, 17 Gegenstimmen, eine Enthaltung). Im Mai 2012 folgte der Senat, diesmal mit 55 Prostimmen und einer Enthaltung. Auch wenn viele Abgeordnete der entscheidenden Abstimmung fernblieben (Abwesenheit im Abgeordnetenhaus 144, im Senat 16 Personen), überrascht das eindeutige Stimmverhalten in beiden

¹⁷ In einigen Provinzen des Landes gab es noch bis 2012 homo- und transphobe Polizeiverordnungen.

Kammern dennoch – hatte doch die Debatte um die Reform des Eherechts gezeigt, wie groß die Ablehnung von queeren Lebensentwürfen quer durch die politischen Fraktionen immer noch war.

Wie lässt sich erklären, dass ein derart fortschrittliches Gesetz für nur wenige kontroverse Debatten sorgte und so schnell und nahezu einstimmig verabschiedet wurde? Ein wichtiger Grund liegt in der Tatsache, dass es nicht mit dem System der Zweigeschlechtlichkeit bricht. So dürfen Trans*Personen laut dem Gesetz ihr Geschlecht zwar frei wählen, müssen sich aber zwischen den binären Polen «männlich» oder «weiblich» entscheiden. Marlene Wayar, die als Teil des Bündnisses in die Erarbeitung des Gesetzes zur Geschlechteridentität involviert war, gehörte schon damals zu den internen Kritiker*innen an dieser Regelung: «Aber die Mehrheit im Bündnis hielt das Recht auf eine weitere Geschlechtskategorie ›Trans‹ für nicht mehrheitsfähig» (Wayar 2018), selbst wenn prominente Aktivist*innen weiterhin öffentlich ihre Trans*Identität betonten, so etwa Lohana Berkins, die in einem Fernsehinterview 2013 äußerte: «Ich bin *travesti* – auch wenn in meinen Papieren unter Geschlecht ›Frau‹ eingetragen ist» (Canal Encuentro 2013).

Entscheidend für die breite politische Akzeptanz für das Gesetz zur Geschlechteridentität war dem Trans*Aktivisten Alan Prieto zufolge zudem, dass es in beiden Kammern vor allem als das Recht einer Minderheit diskutiert wurde, «einen anderen Namen zu wählen» – eine Entscheidung, die für die Mehrheitsgesellschaft keinerlei Konsequenzen nach sich gezogen habe. «Die Tragweite und die internationale Voreiterrolle des argentinischen Gesetzes wurde von den Abgeordneten nicht wirklich begriffen» (Prieto 2018).

Dass der so wichtige Vorstoß für die Gleichstellung von Trans*Personen nicht als Bedrohung für die heteronormative Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen wurde, liegt nicht zuletzt auch daran, dass in dem Gesetz keine strukturellen Veränderungen für das Leben von Trans*Personen verankert sind. So wurde auf jegliche Maßnahmen der Wiedergutmachung für während der Diktatur erlittene Menschenrechtsverletzungen, Quotierung oder Beschäftigungsprogramme für Trans*Personen verzichtet. Entsprechend gering war die Wirkung des Gesetzes auf die konkrete Lebenssituation von Trans*Personen – etwa was Arbeitsverhältnisse oder Bildungsabschlüsse betrifft. Eine landesweite Studie aus dem Jahr 2014 kommt zu einer eher ernüchternden Bilanz: «Die Verabschiedung des Gesetzes war zwar ein wichtiger Schritt, aber sie änderte nichts an den Prozessen, die der Diskriminierung zugrunde liegen» (Romero, zit. in: Fundación Huésped 2014).

Erschwerend kommt hinzu, dass gesetzlich festgelegte Garantien in vielen Fällen mangelhaft oder gar nicht umgesetzt wurden bzw. werden. So brachte das Gesetz zur Geschlechteridentität vor allem im Gesundheitsbereich zwar enorme Fortschritte. Doch der gesetzlich garantierte Anspruch auf medizinische Maßnahmen zur Geschlechtsangleichung steht in einem Spannungsverhältnis zur landesweit weiterhin unterschiedlichen medizinischen Versorgungslage mit starkem Stadt-Land-Gefälle (Farji Neer 2017). Ein weiteres Beispiel ist das 2015 in der damals noch peronistisch regierten Provinz Buenos Aires verabschiedete Gesetz, das Trans*Personen im öffentlichen Dienst eine Beschäftigungsquote von einem Prozent garantiert (Ley 14.783, 2015): Nachdem María Eugenia Vidal von Macris Partei PRO wenige Wochen nach der Verabschiedung des Gesetzes das Regierungsamt der Provinz übernommen hat, wartet das Gesetz bis heute auf seine Umsetzung.

Gleichzeitig diagnostiziert *travesti*-Aktivistin Marlene Wayar in der Provinz Buenos Aires und auch in konservativ regierten Landesteilen eine Zunahme von Polizeigewalt vor allem gegen migrantische Trans*Personen unter dem Vorwand der Bekämpfung des Drogenhandels (Wayar 2018). Auch LGBTIQ-Demonstrationen werden aus polizeilichen «Kostenerwägungen» gegenwärtig unterbunden (Página12 2018).

Das *window of opportunities* für die Erweiterung und Anerkennung der Rechte von Trans*Personen und Homosexuellen hat sich geschlossen.

3

Gewährung sexueller und reproduktiver Rechte

Anders als bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, der Reform des Eherechts und des Gesetzes für Geschlechteridentität, bei denen die Regierung von Cristina Kirchner seit 2009 aktiv tätig wurde, waren wichtige Weichen für die Gewährleistung sexueller und reproduktiver Rechte in Argentinien bereits vor dem «Kirchnerismus» gestellt worden. Ende 2002 hatte die peronistische Regierung unter Präsident Eduardo Duhalde das Nationale Programm für sexuelle Gesundheit und verantwortungsbewusste Fortpflanzung (PNSSyPR) verabschiedet (Ley 25.673, 2002), das im Jahr darauf in Kraft trat. Zentraler Bestandteil war die kostenlose und staatlich organisierte Verteilung von Verhütungsmitteln.¹⁸ Das PNSSyPR knüpfte an ähnliche Gesetzgebungen an, die in 13 (von insgesamt 24) argentinischen Provinzen bereits seit Ende der 1990er Jahre existierten, und an einen internationalen Diskurs, der sexuelle und reproduktive Gesundheit zunehmend als Rechte interpretierte.¹⁹ Sowohl Nestór als auch Cristina Kirchner forcierten die Umsetzung des Programms während ihrer Regierungen und erweiterten – bis zu einem bestimmten Grad – über die Jahre hinweg die sexuellen und reproduktiven Rechte der argentinischen Bevölkerung.

3.1 Staatliche Politik im Bereich der Empfängnisverhütung seit 2003

Seit 2003 wurden über das PNSSyPR umfassende Ankäufe von Präservativen und anderen, in der Regel hormonellen Verhütungsmitteln wie der Antibabypille von staatlicher Seite getätigt. Darüber werden allerdings erst seit 2008 vom zuständigen Gesundheitsministerium Daten bereitgestellt.²⁰ Diese belegen, dass die Zahl der angekauften Paketeinheiten (deren eigene Größe allerdings nicht benannt wird) vor allem zwischen 2010 und 2015 insgesamt stark zunahm und bei maximal 16,2 Millionen Packungen hormoneller Verhütungsmittel (2010) und 75,6 Millionen Präservativpackungen (2013) lag (Sohr 2018).

¹⁸ Zuvor hatte sich Argentinien durch eine restriktive Politik der Familienplanung ausgezeichnet. Im Februar 1974 war unter dem damaligen Präsidenten Juan Domingo Perón ein Dekret erlassen worden, in dem jegliche Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Geburtenkontrolle standen, verboten und die Vermarktung und der Verkauf von Verhütungsmitteln unter eine strenge staatliche Kontrolle gestellt wurden. Erst 1986 wurde diese Reglementierung aufgehoben (Costa/Sommer 2002).

¹⁹ So war bereits im Weltbevölkerungs-Aktionsplan der Vereinten Nationen im Jahr 1974 festgehalten worden: «Alle Paare und Individuen haben das Recht auf freie Entscheidung über die Anzahl und den Altersunterschied ihrer Kinder und müssen über die Kenntnisse, Erziehung und Mittel dazu verfügen» (zit. in: Aachener Stiftung Kathy Beys 2000).

²⁰ Diese vergleichsweise späte statistische Bereitstellung über die Zahl der Ankäufe hängt vermutlich auch mit der Tatsache zusammen, dass die Verteilung von Präservativen mit dem Ziel der Vermeidung sexuell übertragbarer Krankheiten seit der Krise 2001/02 bis Mitte der 2000er Jahre vorwiegend von internationalen Organisationen wie UNAIDS und weniger vom argentinischen Staat gewährleistet wurde.

Allerdings verhinderten konservativ regierte und katholisch geprägte Provinzen oft die konsequente Verteilung der Präparate.²¹

2006 wurde mit dem Gesetz zur Regelung operativer Verhütungsmaßnahmen allen männlichen und weiblichen Erwachsenen die Durchführung einer Vasektomie bzw. Durchtrennung der Eileiter bedingungslos gestattet (Ley 26.130, 2006). Ein Jahr später wurde die hormonelle Notfallverhütung («Pille danach») in das Programm aufgenommen – eine Entscheidung, die von Feminist*innen und sozialen Bewegungen begrüßt wurde. Konservative und religiöse Gruppen kritisierten dagegen den «Abtreibungscharakter» dieses Medikaments. Das Konsortium der katholischen Ärzte der Stadt Buenos Aires startete eine öffentliche Kampagne gegen die Verteilung (Catholic.net 2007) und entsprechende Gesetzesinitiativen erreichten in einigen Landesteilen zeitweise richterliche Verfügungen (Carbajal 2007 und 2008). Ab 2011 wurden über das PNSSyPR auch kostenlose Schwangerschaftstests vertrieben, mit dem Ziel, rechtzeitig Vorsorge leisten und gegebenenfalls straffreie Abbrüche zeitnah gewährleisten zu können.

Mit dem Amtsantritt Mauricio Macris Ende 2015 waren die Zahlen bei der staatlichen Verteilung von Verhütungsmitteln zunächst rückläufig oder stagnierten – eine Entwicklung, die politisch verantwortliche Stellen auf organisatorische Schwierigkeiten und starke Preisschwankungen bei den Produkten schoben. Wie eine Statistik der Tageszeitung *La Nación* basierend auf Daten des Gesundheitsministeriums zeigt, ist seit 2017 zwar ein erneuter Anstieg zu verzeichnen, jedoch deutlich unter dem Niveau der Vorgängerregierung von Cristina Kirchner (Sohr 2018).

Auffallend im Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte ist der – wie auch in anderen lateinamerikanischen Ländern – erstarkende Einfluss religiöser Gruppen und evangelikaler Pfingstkirchen. So wurde Anfang 2019 publik, dass das Staatssekretariat für Kinder und Jugendliche – das 2017 noch den Plan zur Verhinderung von ungewollten Schwangerschaften im Jugendalter (ENIA) veröffentlicht hatte, welcher neben der Ausgabe von Verhütungsmitteln auch die Umsetzung und Ermöglichung straffreier Abtreibungen vorsieht – verschiedene konfessionelle Träger finanziell gefördert hatte, die junge, ungewollt schwangere Frauen mit einer kostenlosen «Hilfe-Hotline» bei der Entscheidung unterstützen sollten, entweder ihr Kind selbst großzuziehen oder zur Adoption freizugeben und somit eine Abtreibung zu verhindern (Vallejos 2019a). Nach einem Protestbrief des ENIA-Beirates wurde den kirchlichen Trägern ihre Förderung wieder entzogen (Vallejos 2019b). Dieser Vorfall zeigt, wie gespalten das Regierungslager auf dem Gebiet der Familienplanung ist und wer hier aktuell um Vorherrschaft ringt: einerseits progressive Akteur*innen, unterstützt von großen Teilen der Wissenschaft, die bestehende sexuelle und reproduktive Rechte bestmöglich garantieren wollen, und andererseits religiöse Gruppen, die sich dieser Idee vehement entgegenstellen und versuchen, bestehende Programme zu unterwandern.

21

In der Provinz Salta etwa wurde das PNSSyPR erst 2009 umgesetzt (Carbajal 2009).

3.2 Das Nationale Programm einer umfassenden Sexualerziehung (2006)

Während die staatlich organisierte Verteilung von Verhütungsmitteln unter der Regierung von Néstor Kirchner vergleichsweise umfassend gewährleistet wurde, stellte der Bildungs- und Aufklärungsbereich in den ersten Jahren noch eine Leerstelle dar, die zunehmend in den Fokus feministischer Kritik geriet. Beim landesweiten Frauentreffen im Jahr 2004 forderten die Teilnehmer*innen erstmals eine staatlich garantierte Sexualerziehung. Diesem Vorhaben stellten sich die katholische Kirche und konservative Elternverbände entgegen und beharrten auf einem religiösen Weltbild, an dem die in der Schule behandelten Inhalte auszurichten seien (Bianco et al. 2006).

Im Jahr 2006 versuchte die Regierung von Néstor Kirchner im Nationalen Programm für umfassende Sexualerziehung ESI (Programa Nacional de Educación Sexual Integral), diesen beiden gegensätzlichen Positionen gerecht zu werden – ein schwieriges Unterfangen, das sich im Gesetzestext bemerkbar machte. So heißt es darin zwar, dass alle Kinder und Jugendliche das Recht auf eine umfassende Sexualerziehung haben und dass dieses an allen privaten und staatlichen Schulen und Bildungseinrichtungen des Landes und in der Weiterbildung aller Lehrpersonen garantiert werden müsse. Allerdings steht in Artikel 5 des Gesetzes auch, dass die Verantwortung dafür bei den ausführenden Provinzen und Kommunen liegt. Diese besitzen das Recht, die Umsetzung des Programms «vor Ort an die soziokulturellen Verhältnisse, die Ausrichtung der Schule/Bildungseinrichtung und die Überzeugungen ihrer Mitglieder» anzupassen (Ley 26.150, 2006).

Aufgrund dieser Einschränkung war die Sexualpädagogik landesweit sehr unterschiedlich. Zwar wurden vom Nationalen Bildungsministerium qualitativ hochwertige Bildungsmaterialien erstellt. Doch manche Provinz, wie zum Beispiel das besonders katholisch und konservativ geprägte San Juan, erstellte und vertrieb stattdessen eigene Texte und Medien, in denen konträre Inhalte zu den offiziellen Bildungsmaterialien vermittelt wurden – wie zum Beispiel, dass ein Kind aus der «sehr festen Umarmung zwischen Mutter und Vater» hervorgehe (Prieto 2018).

Zudem wurde unter den Kirchner-Regierungen nur ein relativ geringer Teil der argentinischen Lehrkräfte überhaupt in Sexualerziehung weitergebildet. Einer Berechnung des Instituts Marina Vitte der Bildungsgewerkschaft Confederación de Trabajadores de la Educación (CTERA) zufolge, die sich auf Daten des Bildungsministeriums stützt, wurden von 2012 bis 2015 rund 115.000 Personen über das ESI-Programm geschult – das entspricht etwa zehn Prozent der gesamten Lehrkräfte im Land. Seit dem Amtsantritt der Regierung Macri sind diese Zahlen stark rückläufig.²² Auch das Budget des Programms büßte enorm ein. So verfügte das ESI 2018 über 40 Prozent weniger Mittel als noch 2015 (Manucci 2018). Auch wenn von offizieller Seite hierfür keine Gründe genannt werden, lässt diese Entwicklung darauf schließen, dass bei Fragen der Sexualerziehung konservative Kräfte im Regierungslager die Oberhand gewonnen haben.

22

Von Anfang 2016 bis Mitte 2018 wurden lediglich 3.600 Lehrkräfte im Land sexualpädagogisch fortgebildet (Manucci 2018).

Seit September 2018 versuchen linke, linksperonistische und liberale Kräfte im Abgeordnetenhaus, das Programm zu reformieren. Ziel ist es, den Artikel 5 des Gesetzes, der den Provinzen die Entscheidungshoheit über die Umsetzung zugesteht, ersatzlos streichen zu lassen, damit die Umsetzung des ESI verpflichtend wird (Carbajal 2018). Angestoßen wurde das Vorhaben von dem vehementen Kampf für die Legalisierung von Abtreibungen seit 2017 (siehe dazu das folgende Unterkapitel) und der durch die Mobilisierungen von #NiUnaMenos seit 2015 insgesamt erstarkten feministischen Bewegung, der sich auch immer mehr junge Menschen und Schüler*innen anschließen. Dem Ziel einer konsequenteren Umsetzung des ESI stellen sich katholische und evangelikale Sektoren mit der Kampagne Con Mis Hijos No Te Metas (dt. Leg dich nicht mit meinen Kindern an) vehement entgegen.²³ Sie bestehen auf der Eigenständigkeit von Schulen und der Mitbestimmung der Eltern bei der Vermittlung sexualpädagogischer Inhalte. Das ESI kritisieren sie als Teil einer sogenannten Genderideologie (Vargas 2018).

3.3 Kampf für eine Legalisierung von Abtreibungen bis 2015

« Alle Gesellschaften haben ihre eigene Geschwindigkeit. Ich glaube nicht, dass Argentinien dafür schon bereit ist. [...] Darüber hinaus bin ich gegen Abtreibungen.

(Senatorin Cristina Kirchner, zit. in: Pisani 2003)

Die Forderung nach einer uneingeschränkten Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen war seit der Rückkehr Argentinens zur Demokratie im Jahr 1983 Bestandteil der feministischen Agenda – begünstigt auch durch die Erfahrungen von politischen Exilantinnen mit feministischen Kämpfen im europäischen Ausland. Nach der Jahrtausendwende wurde die Frage der Selbstbestimmung über den weiblichen Körper zu einem immer wichtiger werdenden Anliegen. Beim landesweiten Frauentreffen 2003 in Rosario wurde das Thema Abtreibung in besonders vielen Workshops behandelt.²⁴ Seit 2005 existiert die Kampagne für ein Recht auf sichere, legale und kostenlose Abtreibung unter dem Motto: «Sexualerziehung, um sich entscheiden zu können. Verhütungsmittel, um nicht abtreiben zu müssen. Legale Abtreibung, um nicht zu sterben» (Di Marco 2010). Während die ersten beiden Punkte dieser Forderung – wenn auch mit Einschränkungen – unter den Kirchner-Regierungen realisiert wurden, fand eine Legalisierung von Abtreibungen nicht statt.

In Argentinien können Frauen nur unter ganz bestimmten Umständen einen straffreien Abbruch vornehmen lassen: bei einer gesundheitlichen Gefahr für das Leben der Schwangeren, wenn

²³ Die Kampagne katholischer und evangelikaler Kirchen und Gruppen gegen Sexualerziehung und Gender Studies entstand Ende 2016 in Peru und findet seitdem auch in anderen lateinamerikanischen Ländern Resonanz.

²⁴ Dort tauchte auch erstmals jenes grüne Halstuch auf, das 2018 zum Wahrzeichen der Kampagne für eine Legalisierung von Abtreibungen werden sollte. Eingeführt wurde es von der basiskirchlichen NGO Católicas por el derecho a decidir (dt. Katholikinnen für die Entscheidungsfreiheit), beschriftet ist es mit den Forderungen «Entscheidungsfreiheit» und «Entkriminalisierung von Abtreibungen» (Di Marco 2010).



das Kind außerhalb des Mutterleibs nicht lebensfähig ist und im Falle einer Vergewaltigung. Bei allen anderen Abtreibungen drohen der Frau zwischen einem und vier Jahren Haft. Zwar ist mit einer Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe nach einer unerlaubt vollzogenen Abtreibung nur in Ausnahmen zu rechnen – doch auch diese Fälle existieren.²⁵ Auch für straffreie Abtreibungen sind die Bedingungen landesweit sehr unterschiedlich: Nur neun Provinzen haben ein Protokoll zur Umsetzung straffreier Abtreibungen implementiert, welches den Zugang dazu praktisch überhaupt erst ermöglicht. Und in sieben Provinzen ist es nur unter erschwerten Bedingungen möglich, einen straffreien Abbruch vornehmen zu lassen, in acht Landesteilen de facto sogar unmöglich²⁶ – obwohl dies per Gesetz seit 1921, also seit fast 100 Jahren, unter bestimmten Voraussetzungen garantiert wird.

Diese Situation zwingt all diejenigen in die Illegalität, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen und nicht unter die genannten Klauseln fallen oder denen ein straffreier Abbruch trotz gesetzlicher Grundlage verunmöglicht wird. Wie medizinisch sicher eine «heimliche» Abtreibung vorgenommen wird, ist eine Klassenfrage. «Frauen mit etwas Geld haben kein Problem und gehen einfach in eine private Klinik. Aber was ist mit denen, die sich das nicht leisten können? Sie nehmen Abbrüche unter sehr schlechten Bedingungen vor und sterben», umreißt der Journalist Martín Caparrós die Situation (zit. in: Egaña 2018). Eine Studie aus dem Jahr 2009 schätzt die Gesamtzahl der illegalen Abbrüche in Argentinien auf jährlich zwischen 370.000 und 520.000 Fälle (Mario/Pantelides 2009: 98). Aktuelle Informationen des Gesundheitsministeriums zufolge müssen jährlich rund 50.000 Frauen wegen Komplikationen im Krankenhaus behandelt werden (Iglesias 2018). Seit 1983 sind mehr als 3.000 Personen an den Folgen unsicherer Abtreibungspraktiken gestorben (Campaña Nacional por el Derecho al Aborto Legal Seguro y Gratuito 2019).

Innerhalb der Regierung von Néstor Kirchner wurde die feministische Forderung nach einer Legalisierung von Abtreibungen vom damaligen Gesundheitsminister Ginés González García aktiv unterstützt und als probates Mittel zur Senkung der Müttersterblichkeit bezeichnet. Offizielle Daten für die Jahre von 2007 bis 2016 belegen, dass der Tod infolge einer unsicher vollzogenen Abtreibung bis 2014 die wichtigste Ursache dafür darstellte, dass schwangere Frauen starben, und damit öfter vorkam als jede andere unmittelbar oder indirekt durch die Geburt hervorgerufene Komplikation (Dirección Nacional de Maternidad, Infancia y Adolescencia 2017).²⁷ Doch der Präsident selbst hielt sich mit Äußerungen zu dem Thema zurück.

25 Nach Angaben des Justizministeriums gab es zwischen 2007 und 2016 insgesamt 63 Verurteilungen wegen illegaler Abtreibungen. Von den 13 verurteilten Frauen im Jahr 2016 erhielten elf Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren, eine wurde zu fünf Jahren und eine Frau aus der nördlichen Provinz Tucumán nach einer Fehlgeburt sogar zu acht Jahren Haft wegen Mordes verurteilt. Nach nationalen und internationalen Protesten wurde dieses Urteil schließlich aufgehoben und die Frau nach 29 Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen (Martínez 2018).

26 Stand September 2017. Eine Infografik dazu liefert die argentinische Nachrichtenagentur Télam (2018b). Im Februar 2019 erreichte der Fall der elfjährigen Lucía auch die deutsche Öffentlichkeit. Das Mädchen war von dem Partner seiner Großmutter vergewaltigt worden und schwanger. Ein straffreier Abbruch hätte ihr zwar gesetzlich zugestanden, wurde jedoch von den Behörden der Provinz Tucumán untersagt.

27 2014 nahm der prozentuale Anteil der Todesfälle infolge einer unsicher vollzogenen Abtreibung ab und lag bei etwa 15 Prozent, 2015 und 2016 bei etwa 18 Prozent (2007: 24%). Es kann vermutet werden, dass diese Tendenz unter anderem mit dem besseren Zugang zu Abtreibungspillen zusammenhängt. Eine Aufschlüsselung der Todesfälle durch Abtreibungen nach Landesteilen gibt es nicht und hätte wohl aufgrund der relativ geringen Müttersterblichkeit in Argentinien (ca. 250–410 Frauen jährlich) auch keine statistische Aussagekraft.

Stattdessen ergriff seine Ehefrau Cristina Kirchner, damals noch Senatorin, öffentlich das Wort «für das Leben» und gegen Abtreibungen – eine Haltung, die sie auch während ihrer beiden Amtszeiten als Präsidentin beibehielt und regelmäßig, vor allem im Zusammentreffen mit Kirchenvertreter*innen, wiederholte (El Argentino 2011).

Entsprechend erfolglos war der Versuch in diesen Jahren, eine Reform des Rechts auf Abtreibung im argentinischen Kongress zu bewirken. Die Kampagne für eine Legalisierung von Abtreibungen brachte in den Jahren der Kirchner-Regierungen insgesamt sechsmal die Initiative ins argentinische Abgeordnetenhaus ein, Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legal, kostenlos und sicher anzubieten. Obwohl neben linken auch einige peronistische Abgeordnete im Rechtsausschuss ein solches Vorhaben unterstützten, kam es zu keiner parlamentarischen Debatte.

Für die Mitgründerin der Kampagne, die Soziologin und Feministin Elsa Schwartzman, stellt die Legalisierung von Abtreibungen «ein Versäumnis» der Kirchner-Regierungen dar, zumal diese bis 2012 über eine breite Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses verfügt hatten: «Es ist einfach unverzeihlich, dass auf diesem Gebiet nichts passiert ist. Umso mehr, als sich Cristina Kirchner ansonsten sehr für die Belange der breiten Masse einsetzte und die Rechte der Bevölkerung auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik erweiterte» (Schwartzman 2018). Doch das Thema schien für die Präsidentin eine andere Tragweite zu haben als der staatliche Vertrieb von kostenlosen Verhütungsmitteln oder die Entscheidung darüber, ob man homosexuellen Paaren das Recht auf Heirat zugestehen sollte.

« Denn es geht hierbei nicht um das Recht einer Minderheit – sondern um das Ende eines Herrschaftsverhältnisses. (Schwartzman 2018)

Obwohl eine Legalisierung von der Regierung ausgebremst wurde, stärkte der Oberste Gerichtshof die Rechte von Betroffenen und urteilte 2012, dass eine straffreie Abtreibung keiner zusätzlichen richterlichen Anordnung bedürfe. Zudem wird seit einigen Jahren zunehmend auf die Gefahr verwiesen, die illegale Abtreibungen für die «ganzheitliche Gesundheit» (*salud integral*) der schwangeren Person bedeuten – und damit nicht nur der physische Zustand der Frauen, sondern ihre gesamte Lebenssituation betrachtet. Feministische und sozial engagierte Mediziner*innen sowie Gesundheitspersonal erhöhten unter Berufung auf diese Argumentation die Anzahl der medizinisch sicher durchgeführten Abtreibungen in Kliniken und Gesundheitszentren in bestimmten Landesteilen, vor allem bei Frauen aus sozial benachteiligten Schichten.²⁸ Diese Beispiele bilden ein Gegengewicht – insbesondere zu der eingangs beschriebenen Situation in besonders konservativ

28 In der Stadt Buenos Aires wurden inoffiziellen Angaben zufolge zwischen Januar und November 2018 fast 4.000 straffreie Abtreibungen durchgeführt – im Vergleich zu lediglich 100 Fällen im Jahr 2014 (Gespräch zwischen Sebastián Ezequiel Sustas und einer Krankenhausärztin in Buenos Aires, die anonym bleiben möchte, 2018).

und religiös geprägten Landesteilen, die einen straffreien Abbruch oft verunmöglichen – und verdeutlichen einmal mehr, wie unterschiedlich die Lage für Frauen landesweit ist, die einen straffreien Abbruch vornehmen lassen wollen.

Darüber hinaus beraten die sogenannten *socorristas* (dt. Retterinnen) seit 2011 Frauen im ganzen Land ehrenamtlich, wie sie bis zur zwölften Schwangerschaftswoche eine vergleichsweise sichere und kostengünstige Abtreibung mit Tabletten selbst vornehmen können. Seit 2014 haben sie nach eigenen Informationen 12.590 solcher Fälle betreut (Socorristas en Red 2018).

3.4 Die «grüne Flut» und die Beinahelegalisierung von Abtreibungen 2018

«Ich bin für das Leben. Aber ich bin auch für reife und verantwortungsvolle Diskussionen, die wir Argentinier führen sollten.

(Präsident Mauricio Macri, zit. in: Télam 2018a)

«Wenn sie wissen wollen, wer dafür verantwortlich ist, dass ich meine Meinung geändert habe: Es waren die Abertausenden jungen Frauen, die dafür auf die Straße gegangen sind.

(Senatorin Cristina Kirchner, zit. in La Nación 2018)

Als im März 2018 der siebte Gesetzentwurf für einen legalen Schwangerschaftsabbruch (Ley de Interrupción Legal del Embarazo, ILE), diesmal bis zur 14. Schwangerschaftswoche, von der Kampagne für eine Legalisierung in das argentinische Abgeordnetenhaus eingebracht wurde, war nicht nur die Regierung im Land eine andere. Vor allem die argentinische Gesellschaft hatte sich verändert.

Die Mobilisierungen unter dem Motto #NiUnaMenos gegen sexualisierte Gewalt, die feministischen Streiks am 8. März und die breite Unterstützerbasis für die landesweiten Frauentreffen hatten es vermocht, das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren Körper zu einer zentralen gesellschaftlichen Angelegenheit zu machen.

Diese breite gesellschaftliche Unterstützung für das Recht auf Abtreibung spiegelte sich auch im Parlament wider. Tatsächlich waren es diesmal nicht nur linke und linksperonistische Abgeordnete, die sich für eine Gesetzesnovelle starkmachten, sondern auch liberale Stimmen aus dem Regierungslager – unter anderem der damalige Gesundheitsminister und heutigen Staatssekretär für Gesundheit, Adolfo Rubinstein. Doch gab es unter der Führung der Vizepräsidentin Gabriela Michetti starke Gegner*innen. Präsident Mauricio Macri sprach sich, anders als seine Vorgängerin Cristina Kirchner, trotz seiner eigenen ablehnenden Position für eine offene Debatte im Kongress und eine Abstimmung unabhängig vom Fraktionszwang aus.

Die Parlamentsdebatte fand an mehreren Tagen ab Mitte April 2018 statt und wurde von Hunderttausenden Demonstrant*innen auf der Straße begleitet. In ganz Argentinien und insbesondere in Buenos Aires waren die grünen Halstücher der Kampagne präsent, Medien sprachen von einer «grünen Flut». Die Abtreibungsgegner*innen waren mit ihrer Kampagne für das «Recht der zwei Leben» und ihren hellblauen Halstüchern marginalisiert. Die Liveübertragung der rund 23 Stunden dauernden Abschlussdebatte im Parlament am 13. und 14. Juni 2018 verfolgten Hunderttausende Menschen vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires bei winterlichen Temperaturen. Als das argentinische Abgeordnetenhaus in den Morgenstunden knapp für das Gesetz stimmte, wehte eine Welle aus grünen Halstüchern über den Platz vor dem Kongressgebäude. Zwei Monate später realisierte sich die Hoffnung auf eine umfassende Gesetzesreform jedoch nicht. Mit 38 zu 31 Stimmen und zwei Enthaltungen votierte der Senat gegen das Legalisierungsvorhaben. Die Entscheidung hatte sich bereits zuvor abgezeichnet und beruhte in erster Linie auf den Mehrheitsverhältnissen in der zweiten Kammer des Kongresses, die konservativer besetzt ist als das Abgeordnetenhaus.²⁹ Auch der Einfluss der katholischen Kirche und evangelikaler Vertreter*innen³⁰ spielte eine zentrale Rolle, wenngleich sich Papst Franziskus, anders als bei der Entscheidung über die gleichgeschlechtliche Ehe, unmittelbar vor der Abstimmung mit öffentlichen Äußerungen zurückgehalten hatte. Eine prominente Abtreibungsgegnerin hatte jedoch mittlerweile ihre Meinung geändert und – möglicherweise auch mit Blick auf kommende Wahlen – die Zeichen der Zeit erkannt: Drei Jahre nach dem Wechsel an der Regierungsspitze präsentierte sich Cristina Kirchner als klare Unterstützerin einer umfassenden Legalisierung. Nach der Niederlage stellte sie fest: «Das Gesetz ist nicht vom Tisch. Es kommt nächstes oder übernächstes Jahr» (zit. in: Perfil 2018).

Aktuell wird von linken, linksperonistischen und liberalen Abgeordneten aus dem Regierungslager auf eine Reform des Strafgesetzbuches gesetzt. Dann könnten Abtreibungen zukünftig generell bis zu einer bestimmten Schwangerschaftswoche – ähnlich wie in Deutschland – straffrei bleiben. Zudem wurde im März 2019 von der Legalisierungskampagne ein neuer Gesetzentwurf beschlossen, der in diesem Jahr dem Kongress zum achten Mal vorgelegt werden soll und auf den Grundlagen des im August 2018 ablehnten Antrages beruht.

²⁹ Eine Besonderheit ist der Verteilungsschlüssel im argentinischen Senat. Hier ist jede der 23 Provinzen und die autonome Stadt Buenos Aires, unabhängig von ihrer Größe und Bevölkerungszahl, mit drei Abgeordneten vertreten. Unter diesen befinden sich überproportional viele Vertreter*innen aus konservativ und ländlich geprägten Landesteilen, ein Sachverhalt, der fortschrittliche Gesetzesinitiativen vor hohe Hürden stellt.

³⁰ Anders als im Nachbarland Brasilien sind Evangelikale in Argentinien keiner bestimmten Partei zugeordnet. Ihr Unterstützungsanteil in der Bevölkerung liegt bei etwa zehn Prozent. Allerdings erhalten Pfingstkirchen gerade in Provinzen mit einem hohen Anteil an sozial marginalisierten Bevölkerungsgruppen, in denen sie auch von der Landesregierung unterstützt werden, verstärkt Zulauf. Beispiele dafür sind die Provinzen Salta und Buenos Aires.

Nach den Krisenjahren 2001/02 erholte sich der argentinische Arbeitsmarkt während des «Kirchnerismus» weitgehend. Gleichwohl blieben Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts bestehen: Frauen verdienen weiterhin durchschnittlich weniger als Männer, haben weniger Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und sind öfter arbeitslos oder unterbeschäftigt (Pérez 2018). Die Kombination aus fehlender bzw. mangelhafter Entlohnung einer abhängigen Beschäftigung und einem Mehr an geleisteter unbezahlter Haus- und Pflegearbeit implizieren prekärere Lebensverhältnisse und begünstigen die Abhängigkeit von Frauen von staatlichen Sozialleistungen.³¹ Dieser Sachverhalt verschärft sich noch, wenn Frauen ihre Kinder/Familie allein ernähren (Esquivel 2007). Auch Altersarmut von Frauen war in Argentinien nach der Krise von 2001/02 ein zentrales sozialpolitisches Thema – die Rentenprivatisierung unter Präsident Carlos Menem 1994 hatte zu einer Verringerung der Bezüge geführt, davon waren Frauen aufgrund der Tatsache, dass sie im Vergleich zu Männern viel weniger in das System eingezahlt hatten, besonders betroffen.

Die Regierung von Cristina Kirchner versuchte dieser geschlechtlichen Ungleichheit, die auch, aber nicht ausschließlich aus den neoliberalen Politiken der 1990er resultierte, mit verschiedenen staatlichen Maßnahmen zu begegnen, die sich besonders an den Bedürfnissen gesellschaftlich benachteiligter Frauen orientierten (Danani et al. 2018: 133 f.). Im Folgenden werden drei dieser Gesetze und Programme beispielhaft dargestellt.

4.1 Das Dekret für ein Allgemeines Kindergeld (2009)

Ende 2009 führte die Präsidentin per Dekret das Allgemeine Kindergeld AUH (Asignación universal por hijo) als sozialstaatliche Unterstützungsmaßnahme für alle Mütter und Väter ein und bezeichnete die Maßnahme als «das umfassendste und fairste System überhaupt» (zit. in: La Nación 2009), während andere peronistische Politiker*innen öffentlich gegen die Entscheidung Kirchners eintraten.³² Der Staat gewährt durch das AUH Eltern und Erziehungsberechtigten, abhängig von deren sozialer Bedürftigkeit, für jedes Kind unter 18 Jahren und für Kinder mit Behinderungen bis ins Erwachsenenalter eine bestimmte monatliche Leistung – unter der Voraussetzung, dass sie ihrem Nachwuchs einen regelmäßigen Schulbesuch ermöglichen und bestimmte gesundheitliche Vorsorgemaßnahmen (Impfungen etc.) treffen. Zuvor war die Zahlung von Kindergeld auf registrierte abhängig Beschäftigte begrenzt gewesen und wurde bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze (2009 Bemessungsgrenze etwa 900 EUR/mtl.) an

³¹ In Argentinien übernehmen laut Informationen der Nationalen Statistikbehörde INDEC aus dem Jahr 2013 Frauen rund drei Viertel (76,4 %) der unbezahlten Hausarbeit (zit. in: Martínez 2016). Neuere Daten liegen nicht vor.

³² So etwa die ehemalige Senatorin Hilda «Chiche» Duhalde, die 2014 erklärte: «Diese Frauen haben schon einen Haufen Kinder und kriegen noch mehr – weil sie 400 Pesos bekommen, wenn sie schwanger werden» (zit. in: Actor Político 2014).

Bedürftige ausgezahlt. Informelle Arbeiter*innen, Erwerbslose sowie Freiberufler*innen und andere Selbstständige hatten dagegen keinerlei Unterstützung erhalten.

Im Jahr 2009 lag die Höhe des AUH bei umgerechnet etwa 35 Euro monatlich (Valente 2009). Davon profitierten im Jahr 2017 etwa 3,9 Millionen Kinder vor allem in sozial schwachen Haushalten. Über 90 Prozent der Empfänger*innen waren Frauen, viele von ihnen alleinerziehend ohne Kontakt zum Vater der Kinder (UNICEF 2017: 28). Die staatliche Zahlung stärkt ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit – wenngleich sie hier ausschließlich als Mütter adressiert werden. 2011 – ebenfalls unter der Regierung von Cristina Kirchner – wurde das AUH auf Schwangere ausgedehnt und bereits ab der zwölften Schwangerschaftswoche gezahlt. Kirchners Amtsnachfolger Macri sprach sich bereits im Wahlkampf für eine Beibehaltung des AUH aus und erweiterte diese Leistung im Jahr 2016 auf Kinder von Kleinunternehmer*innen. Allerdings wurde die Höhe des AUH seit Macris Amtsantritt Ende 2015 nur unzureichend an die Inflationsrate angepasst (CEPA 2018). Seit Dezember 2018 erhalten die als sozial besonders schwach eingestuftten Bevölkerungsgruppen und Erwerbslose eine monatliche Zahlung von 1.700 Peso pro Kind und 5.500 Peso für Kinder mit Behinderung – das entspricht knapp 40 bzw. 125 Euro, also real nicht mehr Geld als unter der Kirchner-Regierung bei Verabschiedung der Maßnahme trotz stark angestiegener Lebenshaltungskosten.

Die Leistung stellt also einerseits eine Kontinuität zwischen den beiden sonst so gegensätzlich ausgerichteten Regierungen von Cristina Kirchner und Mauricio Macri dar und ist Beweis dafür, dass die staatliche finanzielle Unterstützung von Kindern und Jugendlichen Teil des gesellschaftlichen Selbstverständnisses geworden ist und von keiner politischen Fraktion grundsätzlich infrage gestellt wird. Gleichwohl muss die Beibehaltung des Kindergeldes vor dem Hintergrund der sozialen Kürzungspolitik gesehen werden, die Macri angestoßen hat und die gerade auf gesellschaftlich benachteiligte Frauen und dabei insbesondere auf Mütter negative Auswirkungen hat. War das AUH unter der Regierung Kirchner eine von vielen Subventionen und Unterstützungsleistungen, von denen sozial schwächere Bevölkerungsgruppen und in diesem Fall insbesondere alleinerziehende Mütter profitiert haben,³³ ist die Leistung heute nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein. Wie eine aktuelle Studie zeigt, nehmen die Stunden, die Frauen für unbezahlte Haus- und Pflegearbeit aufwenden müssen, angesichts der staatlichen Austeritätsmaßnahmen zu. Dies hat auch Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Situation: Anders als bei Männern verringert sich bei Frauen mit jedem Kind ihr Lohneinkommen; der sogenannte Gender-Pay-Gap vergrößert sich (Centro Atenea 2019).³⁴ Dies versetzt vor allem Frauen und Alleinerziehende, die allein von staatlichen Leistungen abhängig sind, nicht in die Lage, ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu führen.

33 Weiterhin sind die Subventionen für die Bedarfsgüter Strom, Wasser und Gas sowie den öffentlichen Nahverkehr zu nennen – und entsprechend niedrige Verbrauchspreise. Vor allem der Transportsektor war für die ärmere Bevölkerung im Großraum Buenos Aires von hoher Bedeutung und ermöglichte ihr eine günstige Form der Mobilität. Hinzu kamen die geringere Inflation und eine im Vergleich bessere Anpassung der Teuerungsrate an Löhne, Renten und Sozialleistungen unter den Kirchner-Regierungen.

34 Diese Ungleichstellung wird durch das mangelhafte staatliche Betreuungssystem für Kinder in Argentinien noch verschärft, das die Erfüllung dieser gesellschaftlichen Aufgabe in erster Linie den Arbeitgebern oder privaten Dienstleistern überlässt – eine Politik, an der die Kirchner-Regierungen nichts änderten. Macri kündigte zwar im Wahlkampf 2015 die Einrichtung von 3.000 Kindertagesstätten für rund 600.000 Kinder zwischen drei und fünf Jahren an. Bis Mitte 2017 waren nach Informationen des Forschungsinstituts Marina Vitte jedoch lediglich 52 davon in Betrieb (zit. in Centro Atenea 2019).

4.2 Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für Frauen

Das Bildungs- und Beschäftigungsprogramm «Ellas Hacen» (dt. Sie machen's) wurde im Jahr 2013 vom Ministerium für soziale Entwicklung ins Leben gerufen und richtete sich an erwerbslose Mütter, die das AUH bezogen. Besonders unterstützt werden sollten Frauen mit «kinderreichen Familien» sowie solche, die geschlechtsspezifische Gewalt erfahren hatten (Ministerio de Desarrollo Social 2015).³⁵ Sie erhielten eine Beschäftigung in einer Kooperative sowie eine monatliche Unterstützungsleistung. Bedingung für die Teilnahme an dem Programm war, dass sie Workshops, Schul- und Weiterbildungskurse besuchten und darüber unter anderem auch ihren Schulabschluss nachholten. 2015 nahmen offiziellen Zahlen zufolge 100.000 Frauen an dem Programm teil (ebd.).

Die Einführung dieser Maßnahme bedeutete einen Bruch mit der einseitigen Wahrnehmung von Frauen als bloße Betreuerinnen von Haushalt und Kindern. Während Sozialprogramme wie das AUH Frauen vor allem deshalb ansprachen, weil sich in Argentinien Armut zunehmend «verweiblicht» hatte und in vielen Haushalten keine Männer lebten, setzte «Ellas Hacen» auf das Potenzial der Teilnehmerinnen. So fasst die Soziologin Nahue Luna, die das Programm und seine Zielrichtung analysiert hat, zusammen: «Wir müssen uns fragen, was Frauen noch sind außer Mütter. Ist eine ›Frauenpolitik‹ denkbar, die andere Wahrnehmungen über sie stärkt und im Spannungsverhältnis zu der Rolle steht, die Frauen vor allem in sogenannten marginalisierten Gesellschaftsschichten in der Regel einnehmen?» (Luna 2014: 9).

«Ellas Hacen» versuchte zumindest in Teilen auf diese Herausforderung eine Antwort zu geben. So wurden die Teilnehmerinnen in Fähigkeiten geschult, die traditionell nicht als «weiblich» gelten – wie zum Beispiel in der Arbeit als Klempnerinnen oder Maurerinnen. Offiziellen Angaben zufolge zeigten 62,5 Prozent der Frauen ein Interesse an kleineren Reparaturtätigkeiten im Haushalt und rund zwölf Prozent für elektrotechnische und komplexere Handwerkstätigkeiten (Ministerio de Desarrollo Social 2015). Dass dadurch auch die Autonomie der Frauen gestärkt wurde, verdeutlicht die Aussage einer ehemaligen Teilnehmerin: «Das Programm war sehr nützlich, weil ich ein Handwerk gelernt habe. Jetzt mache ich in meinem Haus alles selbst, wir brauchen keine Männer für die Reparaturen» (zit. in: Fernández/Pieruzzini Cid 2016: 7).

In begleitenden Workshops wurden die Frauen darüber hinaus dazu angehalten, über tradierte «Geschlechterrollen» zu reflektieren, die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit innerhalb der Familie infrage zu stellen und über die Arbeitsteilung im Haushalt «zu verhandeln» (Pacífico 2015: 63). Allerdings zeigte die Umsetzung von «Ellas Hacen», dass die Rollenmuster bei der Konzipierung des Programms selbst nicht hinterfragt worden waren. Weder gab es ein ausreichendes begleitendes Kinderbetreuungsprogramm noch wurden andere Akteur*innen – zum Beispiel Väter – in die Realisierung miteinbezogen (Luna 2014). Vor allem Mütter mit kleineren Kindern waren vor die Herausforderung gestellt, die Teilnahme an Workshops, Schule und Weiterbildungskursen (2 Tage pro Woche à 4–6 Stunden) mit der Lohnarbeit (3 Tage à 4–6 Stunden) zu vereinbaren – wenngleich Kooperativen in der zeitlichen

35

Erstmals angekündigt wurde das Programm bereits 2009 im Gesetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Gestaltung der Tätigkeit flexibler und weniger strikt sind als «klassische» Unternehmen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass es letztlich vor allem das Netzwerk der Frauen untereinander war, welches die Umsetzung des Programms möglich machte (Arcidiácono/Bermúdez 2018).

Auch wenn das Programm zumindest in der Praxis nicht mit tradierten Rollenbildern brach, gewannen die Teilnehmerinnen von «Ellas Hacen» größere wirtschaftliche Unabhängigkeit und wurden in ihrer kritischen Wahrnehmung und ihrem Selbstbewusstsein gestärkt. Das war nicht zuletzt für diejenigen von großer Bedeutung, deren Leben von Erfahrungen sexualisierter Gewalt geprägt war – immerhin zwischen 20 und 40 Prozent der Teilnehmerinnen (Ministerio de Desarrollo Social 2015). Indem sie innerhalb des Programms darin ausgebildet wurden, Frauen in ihrem Umfeld zu schulen, wie sie auf diese Gewalt reagieren und sich wehren können, vermochten sie aus ihrer Opferrolle herauszutreten und aktiv zu werden.

Unter der rechtskonservativen Regierung Macris wurde 2018 eine Umstrukturierung des Staates realisiert. Verschiedene Ministerien wurden zu Staatssekretariaten abgewertet (u. a. die für Gesundheit und Arbeit), andere erhielten mehr Bedeutung. So wurde das Ministerium für soziale Entwicklung, welches klassischerweise mit den Unterstützungsmaßnahmen für ärmere Bevölkerungsschichten betraut ist, zum «Superministerium» ausgebaut und heißt heute Ministerium für Gesundheit und soziale Entwicklung, wobei der Teilbereich Gesundheit nur formal zuerst genannt wird und bei der Höhe des Etats und der Ausrichtung der Programmatik des Gesamtministeriums kaum eine Rolle spielt.

Anfang 2018 wurden die bestehenden Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «Argentina Trabaja» (dt. Argentinien arbeitet)³⁶ und das im Vergleich dazu recht kleine Programm «Ellas Hacen» innerhalb dieses Ministeriums unter dem Namen «Hacemos Futuro» (dt. Wir machen Zukunft) zusammengefasst. In der zweiten Hälfte des Jahres 2018 erhielten zwischen 300.000 und 400.000 Personen Unterstützungsleistungen aufgrund des Programms.

Insgesamt wurde das Gesamtvolumen für soziale Bildungs- und Beschäftigungsprogramme zur Armutsbekämpfung unter der Macri-Regierung nicht verringert, sondern stieg sogar vergleichsweise stark an, wie ein Bericht der Beobachtungsstelle für staatliche Politik und Strukturreformen des FLACSO, einer länderübergreifenden Organisation zur Forschung, Lehre und Förderung der Sozialwissenschaften in Lateinamerika, verdeutlicht (Ferrari Mango/Campana 2018: 9). Eine Tendenz, wie sie die Autor*innen auch für das neue Programm erwarten. Denn «Argentina Trabaja» – und in der Zukunft «Hacemos Futuro» – fungierten als Bindeglieder zu den lokalen Basisorganisationen, die ansonsten stark an politischem Gewicht verloren hätten. Sie seien eine soziale Ausgleichsmaßnahme für wirtschaftlich besonders schwache Bevölkerungsgruppen, die von der Austeritätspolitik der Regierung und der Inflation besonders betroffen seien. Doch insbesondere für Frauen und für kooperative Arbeitszusammenhänge bedeute die mit der Programm-Zusammenlegung einhergehende Neuausrichtung unabhängig vom zukünftigen Etat eine Verschlechterung. Die geschlechtsspezifische Perspektive, die «Ellas Hacen» auszeichnet und von anderen

³⁶ «Argentina Trabaja» war 2009 unter der Regierung von Cristina Kirchner eingeführt worden und richtete sich an sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, mit dem Ziel, formale Arbeitsplätze in Kooperativen zu schaffen bzw. gemeinwohlorientierte Tätigkeiten über staatliche Unterstützungsleistungen zu finanzieren.

Programmen unterschieden habe, sei bei «Hacemos Futuro» vollständig verloren gegangen. Laut den Leitlinien des neuen Programms können zukünftig auch Einzelpersonen gefördert werden, die nicht an eine kooperative Struktur angebunden sind (ebd.).

Diese neue Leerstelle findet sich auch in den Äußerungen der zuständigen «Superministerin» für Gesundheit und soziale Entwicklung Carolina Stanley wieder, die Frauen in dem Programm mit keinem Wort besonders adressiert: «Alle Menschen möchten arbeiten und Geld für eine würdige Beschäftigung bekommen. Deswegen begleiten wir sie auf diesem Weg und bei der Entscheidung, was sie konkret machen, was sie arbeiten möchten» (zit. in: Ministerio de Salud y Desarrollo Social 2018).

Während es unter Cristina Kirchner immer auch um die Anerkennung sozialer Rechte und die – nicht nur ökonomische – Stärkung von besonders benachteiligten Gesellschaftssektoren ging, setzt die Macri-Regierung allein darauf, den Einzelnen fit zu machen für den Wettbewerb in einer Gesellschaft, die auf Spar- und Anpassungspolitik ausgerichtet ist. Personen, denen es nicht gelingt, mit diesem System Schritt zu halten – aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung in erster Linie Frauen – haben in dieser Situation das Nachsehen.

4.3 Rentenpolitik unter den Regierungen Kirchner und Macri

« Es handelte sich um eine Maßnahme für mehr Geschlechtergerechtigkeit: 73 Prozent der Zahlungen gingen an uns Frauen. Also die schon immer Ausgebeuteten.

(Präsidentin Cristina Kirchner, zit. in: Télam 2014)

2008 schaffte die Regierung von Cristina Kirchner das 1994 unter der damaligen Regierung Menem eingeführte private, kapitalgedeckte Rentensystem ab, Argentinien kehrte zu einem beitragsfinanzierten System zurück. Damit erhielt der Staat die Gestaltungshoheit über die aus den Sozialabgaben stammenden Mittel zurück. «Der Privatsektor hat versagt», begründete der damalige Chef der Regierungsfraktion im Senat, Miguel Ángel Pichetto, die Maßnahme, die von linken und einigen regionalen Parteien unterstützt wurde (zit. in: Jorquera 2008). Rechtsliberale Kräfte kritisierten die erneute Verstaatlichung der Renten. Auch der damalige Bürgermeister von Buenos Aires und heutige Präsident Mauricio Macri bezeichnete sie als «kriminellen Irrtum» (zit. in: La Nación 2008).

Ein Jahr später veranlasste die Regierung die jährliche Steigerung der Bezüge, und 2014 wurde per Gesetz ein sogenannter Renteneingliederungsplan beschlossen (Ley 26.970, 2014): Personen, die im erwerbstätigen Alter keine oder nicht genügend Rentenbeiträge eingezahlt hatten, wurden in das staatliche System aufgenommen. Über diese Regelung wurden nahezu alle Menschen in Argentinien (2014: 97 %) im bezugsfähigen Alter zu

Rentenempfänger*innen (Slipczuk 2017).³⁷ Die Eingliederung betraf in erster Linie Frauen, die sich mehrheitlich oder ausschließlich der Kindererziehung und dem Haushalt gewidmet hatten. Oppositionspolitiker*innen kritisierten die Maßnahme als nicht finanzierbar.

Mit dem Politik- und Regierungswechsel Ende 2015 wurden unter den Schlagworten Nachhaltigkeit und Verwaltungseffizienz verschiedene Anpassungen und Kürzungen in der Rentenpolitik auf den Weg gebracht. Der reale Wert der Mindestrente sank seitdem kontinuierlich, da die Erhöhungen nicht mit der Inflationsrate einhergingen (Infocielo 2017). Zudem wurden 2016 die Renten für Personen, die keinerlei Sozialabgaben geleistet hatten, durch eine allgemeine Unterstützungsleistung für ältere Personen (Pensión Universal para el Adulto Mayor, PUAM) ersetzt. Aktuell entspricht diese Leistung 80 Prozent der Mindestrente. Vor allem Frauen rutschten durch diese Kürzung erneut in die Altersarmut ab – obliegt doch ihnen ganz wesentlich die Leistung unbezahlter Haus- und Pflegearbeit, die auf Kosten einer möglichen eigenen Lohnarbeit mit entsprechenden Sozialabgaben geht. Darüber hinaus wird die Lebensleistung, die diese unbezahlte Arbeit darstellt, infrage gestellt: «Unter Kirchner wurden Frauen zu Rentnerinnen, die nichts taten, als nachmittags Tee zu trinken», so der peronistische Senator Pichetto im Zusammenhang mit dieser Reform (zit. in: El Destape Web 2018). Seine Äußerung steht nicht nur für eine frauenfeindliche Haltung, sondern auch für inhaltliche Schnittstellen zwischen der rechtskonservativen Regierung und Teilen der Opposition. Denn um diese Kürzungen überhaupt auf den Weg bringen zu können, benötigte das Regierungsbündnis die Stimmen der Kirchner-kritischen Rechtspersonist*innen im Kongress. Doch diese Anpassungen, die 2017 von starken gesellschaftlichen Protesten begleitet waren, muteten angesichts der möglichen Zukunftsszenarien noch moderat an. Mit den Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Argentinien seit Mitte 2018 wieder in Anspruch nimmt, hat sich die Regierung Macri für 2019 zu einer weiteren Strukturreform des Rentensystems verpflichtet. Vom IWF werden folgende weitere Schritte vorgeschlagen: Erhöhung des Renteneintrittsalters um fünf Jahre (Frauen 65, Männer 70 Jahre), Kürzung der Rente und Senkung der jährlichen Anpassungen, die Reduzierung des PUAM auf 70 Prozent der Mindestrente sowie die erneute Etablierung eines privatisierten Vorsorgesystems (Cufre 2018). Noch ist nicht entschieden, welche dieser Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Fest steht, dass ältere Menschen in Argentinien eine weniger starke Lobby besitzen als etwa gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen – auf die besonders betroffenen, ökonomisch schwächeren Frauen trifft das noch einmal mehr zu. Zudem hat seit 2015 ein grundlegender Diskurswechsel in der argentinischen Politik stattgefunden. Während die Linkspersonist*innen Rentenzahlungen stets als Akt der sozialen Gerechtigkeit interpretierten, werden sie von der aktuellen Regierung als «Leistung» des Einzelnen bewertet – die ganz allein auf den von ihr oder mehrheitlich von ihm geleisteten Beiträgen im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit beruht.

37 Zum Vergleich: In den Jahren 2005 und 2006 bekamen nur 66 Prozent der Menschen im bezugsfähigen Alter Renten ausgezahlt (Slipczuk 2017).

Die Durchlässigkeit des Staates

«Das Gesetz ist unser wichtigstes Werkzeug. Denn es [...] sieht vor allem den Staat in der Pflicht, Politiken verschiedener Art zu konzipieren und umzusetzen...» – Bezugnehmend auf das 2009 verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen betonte die Aktivistin und Abgeordnete Victoria Donda im Jahr 2012 die zentrale Bedeutung von Gesetzen – und verwies auch auf die Bringschuld des Staates. Unter den Kirchner-Regierungen wurde dieser Rolle zumindest teilweise entsprochen, indem der Staat zum Adressaten für die Anliegen sozialer Bewegungen und benachteiligter Bevölkerungsgruppen gemacht wurde. Zahlreiche feministische Themen und Inhalte der LGBTIQ-Bewegung fanden trotz des Widerstands konservativer Kräfte Einzug in die offizielle Regierungspolitik – wenn auch nicht in ihrer radikalsten Ausformulierung.³⁸ Gleichzeitig zeigte sich aber auch, dass Gesetze allein nicht ausreichen: Eine erfolgreiche Umsetzung bedarf finanzieller Mittel, Infrastruktur und gesellschaftlicher sowie institutioneller Akzeptanz.

Demgegenüber offenbarte die Geschlechterpolitik unter Präsident Macri, dass auch ein Staat, der sich nicht in der Rolle des Garanten für soziale Gerechtigkeit sieht und gesellschaftlichen Forderungen verschlossener gegenübersteht, durchlässig ist für feministische Belange und diese sogar teilweise als eigene politische Ziele proklamiert – solange der gesellschaftliche Druck groß genug ist und die Maßnahmen das neoliberale Credo nicht infrage stellen. So steht der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik Macris eine im regionalen Vergleich progressive geschlechterpolitische Agenda gegenüber. Ausschlaggebend für diese relative Offenheit ist die erstarkte feministische Bewegung, die seit 2015 tonangebend in vielen gesellschaftlichen Debatten ist und auch in der liberalorientierten Bevölkerung (also einer potenziellen Wählergruppe Macris) viel Rückhalt genießt. Pragmatische Politikertypen wie Macri, die sich nach außen modern präsentieren wollen, lassen sich davon beeinflussen – selbst wenn es im Regierungslager konservativ-klerikale Stimmen gibt, die sich gegen diese vermeintlich zu offene Ausrichtung wehren.

Es zeigt sich also, dass Geschlechterpolitiken zwar durch die politische Ausrichtung der Regierungen beeinflusst werden. Allerdings spielen auch weitere Faktoren eine wichtige Rolle. Für geschlechterpolitische Gesetze und Programme bleibt rückblickend festzuhalten, dass diese in der Regel dann verabschiedet wurden, wenn strukturelle Gründe für die Ungleichstellung (und Implikationen) dabei keine oder kaum eine Rolle spielen und somit die Hegemonie und die Besserstellung der Mehrheitsgesellschaft nicht grundlegend infrage gestellt wird. So konzentriert sich das Gesetz gegen sexualisierte Gewalt (2009) in seinen Maßnahmen fast ausschließlich auf die Bekämpfung «häuslicher Gewalt». Und die Garantie und Erweiterung von Rechten für sexuelle Minderheiten fanden vor allem dann statt, wenn sie als «vereinzelte», mehr oder weniger kostenneutrale Maßnahme vermittelt

38 Die Vertreter*innen der rechtsliberalen und konservativen Parteien, die ab 2015 das Regierungsbündnis Cambiemos bilden sollten, standen dieser Geschlechterpolitik vielfach ablehnend gegenüber. Gleichwohl gab es immer auch liberale Stimmen in der Opposition, die sich mit der Regierung verbündeten, und Kritiker*innen innerhalb des Peronismus (insbesondere im Landesinneren), die den fortschrittlichen Kirchner-Kurs torpedierten.

und umgesetzt werden konnten und die keine Veränderungen für die Mehrheitsgesellschaft mit sich brachten. So können Personen zwar seit 2012 ihr selbst gewähltes Geschlecht unbürokratisch anerkennen lassen, müssen sich aber innerhalb der bestehenden binären Struktur zwischen männlich/weiblich entscheiden. Die strukturelle sozioökonomische Marginalisierung wird nicht angetastet.

Die materielle Ebene der Gesetze spielt auch bei der Umsetzung eine entscheidende Rolle: Eine erfolgreiche Realisierung geschlechterpolitischer Reformen scheiterte oft an fehlenden Geldern und unzureichender Infrastruktur – wie im Fall des unterfinanzierten Nationalen Fraueninstituts INAM. Die Probleme bei der staatlichen Verteilung von Verhütungsmitteln oder dem Programm für eine umfassende Sexualerziehung an Schulen und Bildungseinrichtungen offenbarten zudem, dass für eine erfolgreiche Umsetzung gesetzlicher Regelungen der Grad der Akzeptanz durch die verantwortlichen Stellen – bzw. ein gesetzlicher Umsetzungsdruck im Fall einer Nichtakzeptanz – ausschlaggebend ist.

Umgekehrt können fehlende Gesetze oder gar Verbote leichter umgangen werden, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz dafür da ist. Der Erfolg der Socorristas, einer Organisation, die Frauen im ganzen Land dabei hilft, einen möglichst sicheren, in der Regel illegalen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, oder das Engagement einiger Mediziner*innen, die sichere Abtreibungen insbesondere bei sozial marginalisierten Frauen vornehmen, sind hierfür gute Beispiele.³⁹

Abgesehen von den genannten Faktoren ist insbesondere seit 2015 die Macht der Straße von zentraler Bedeutung. Denn die feministische und die LGBTQ-Bewegung sind die ausschlaggebenden Kräfte dafür, dass ihre Forderungen überhaupt auf die politische Agenda gesetzt werden – auch aufgrund ihrer Fähigkeit, Bündnisse zu schmieden. Institutionalisieren ließ sich die Bewegung dabei nicht. Obwohl viele Feminist*innen im Land ihre Hoffnungen an linke Parteien oder die Rückkehr der kirchneristischen Peronist*innen in die Regierung knüpfen, gibt es bis heute weder eine feministische Partei noch geht die Frauenbewegung in einer bestimmten politischen Kraft auf.

Den Aktivist*innen ist auch zu verdanken, dass inhaltlich ambitionierte Programme und Maßnahmen keine Worthülsen bleiben. Mit #NiUnaMenos führt die feministische Bewegung Argentiniens seit 2015 eine gesellschaftlich radikale Debatte, bei der verschiedene Unterdrückungsstrukturen in einer verbindenden Perspektive gesehen werden und unter dem Dach des Feminismus grundlegende Fragen von Verteilung, Macht und Demokratie verhandelt werden. Dem Druck der Straße beugte sich nicht nur Macri. Auch Cristina Kirchner hat sich im Zuge der Debatte für eine Legalisierung von Abtreibungen 2018 der feministischen Agenda angenähert – zweifellos eine Folge der «grünen Flut». Dies geschieht nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass feministische Themen bei den kommenden Präsidentschaftswahlen Ende Oktober 2019, bei denen auch Teile des Kongresses neu besetzt werden, eine zentrale Rolle spielen werden. Eine Legalisierung von Abtreibung nach den Wahlen ist deshalb sehr wahrscheinlich.

Gleichzeitig darf die Stärke der konservativen und reaktionären Kräfte, die auch aufgrund des regionalen Rechtsrucks einen Aufschwung erfahren, nicht unterschätzt werden – vertreten nicht nur durch Politiker*innen, sondern auch durch die Kirchen. Auch die Austeritätspolitik stellen eine Gefahr für die feministische Agenda dar. Bereits die Rentenreform und die soziale Kürzungspolitik unter Macri lassen vermuten, dass es besonders schwer sein wird, eine strukturelle Angleichung zwischen den sozialen Klassen und Geschlechtern zu erreichen – denn selbst eine mögliche eher linksorientierte Regierung wird die Auflagen der IWF-Kredite aufgrund der drückenden wirtschaftlichen Lage zumindest teilweise umsetzen müssen. Die «Durchlässigkeit des Staates» (Rapisardi, zit. in: Hiller 2017: 146) wird auch in Zukunft nicht bei allen Forderungen in gleicher Form gewährleistet sein.

Die feministische Bewegung in Argentinien ist wichtig wie nie – denn sie ist die Kraft, die den neoliberalen, autoritären und reaktionär-patriarchalen Stimmen nicht nur am lautesten widerspricht, sondern es durch ihren integrativen Charakter, ihr strukturelles Gewaltverständnis und ihre radikalen Forderungen vermag, diesen Stimmen etwas Positives entgegenzusetzen. Indem sie Gegenstrategien entwickelt, die der Mehrheit der Bevölkerung zugutekommen. Dieser Feminismus für die 99 Prozent ist nicht nur für die Realität in Argentinien entscheidend – er ist zum globalen Bezugspunkt für Mitsstreiter*innen geworden, auch in Deutschland.

³⁹ Dadurch wird die strukturelle Benachteiligung ökonomisch marginalisierter Frauen zumindest leicht eingedämmt – denn sie sind es, für die eine Umgehung restriktiver Gesetze (wie im Fall einer Abtreibung unter prekären Bedingungen) am meisten Risiken birgt.

Literatur

- A**achener Stiftung Kathy Beys (2000): Lexikon der Nachhaltigkeit. UN Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, unter: www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltbevoelkerungskonf_kairo_1994_551.htm.
- Actor Político (2014): «Chiche» Duhalde lapidaria: «Hay mujeres que están llenas de hijos y tienen más para cobrar 400», 3.12.2014, unter: http://actorpolitico.com/nota/628/chiche_duhalde_lapidaria_hay_mujeres_que_estan_llenas_de_hijos_y_tienen_mas_para_cobrar_400_pesos/.
- Arcidiácono, Pilar/Bermúdez, Ángeles (2018): «Ellas hacen». Programas sociales y exigencias a las mujeres en Argentina, in: *Revista Estudios Feministas* 2, S. 1–16, unter: www.scielo.br/pdf/ref/v26n2/1806-9584-ref-26-02-e45297.pdf.
- B**arragán, Florencia (2018): El ajuste recae en las mujeres, in: *Página12*, 4.11.2018, unter: www.pagina12.com.ar/153015-el-ajuste-recae-en-las-mujeres.
- Bianco, Mabel/Checa, Susana/Correa, Cecilia/Rosenberg, Martha/Zurutuza, Cristina (2006): Consorcio Nacional de Derechos Sexuales y Reproductivos. CoNDeRS: una experiencia de monitoreo social, in: Petracci, Mónica/Ramos, Silvina (Hrsg.): *La política pública de salud y derechos sexuales y reproductivos en la Argentina: aportes para comprender su historia*, Buenos Aires, S. 113–130.
- C**ampaña Nacional por el Derecho al Aborto Legal Seguro y Gratuito (2019): *Quiénes somos*, unter: www.abortolegal.com.ar/about/.
- Canal Encuentro (2013): *Ágora 2.0 – Lohana Berkins: Identidad en el siglo XXI*, 22.3.2013, unter: www.youtube.com/watch?time_continue=498&v=iSm9cqJQsBg.
- Carbajal, Mariana (2007): Fallo en Tierra del Fuego contra anticonceptivo de emergencia. Otra cruzada contra la píldora, in: *Página12*, 2.5.2007, unter: www.pagina12.com.ar/diario/sociedad/3-84353-2007-05-02.html.
- Carbajal, Mariana (2008): «Es un fallo sin fundamentos», in: *Página12*, 8.8.2008, unter: www.pagina12.com.ar/diario/sociedad/3-109338-2008-08-09.html.
- Carbajal, Mariana (2009): Con la cruz, la pluma y la palabra, in: *Página12*, 1.2.2009, unter: www.pagina12.com.ar/diario/sociedad/3-119311-2009-02-01.html.
- Carbajal, Mariana (2018): Derechos que avanzan a pesar de los cruzados, in: *Página12*, 6.9.2018, unter: www.pagina12.com.ar/140244-derechos-que-avanzan-a-pesar-de-los-cruzados.
- Catholic.net (2007): Médicos católicos contra la distribución de la píldora del día después, 14.3.2007, unter: <http://es.catholic.net/op/articulos/3879/cat/265/medicos-catolicos-contra-la-distribucion-de-la-pildora-del-dia-despues.html#modal>.
- Centro Atenea (2019): Eso que llaman amor explica la brecha salarial, 22.4.2019, unter: <http://ateneacentro.com.ar/2019/04/22/eso-que-llaman-amor-explica-la-brecha-salarial/>

- CEPA (2018): El poder adquisitivo de las jubilaciones, la Asignación Universal por Hijo y el salario mínimo, 23.8.2018, unter: <https://centrocepa.com.ar/informes/84-el-poder-adquisitivo-de-las-jubilaciones-la-asignacion-universal-por-hijo-y-el-salario-minimo>
- Clarín (2014): Macri: «A todas las mujeres les gustan los piropos, aunque les digan qué lindo culo tenés», 22.4.2014, unter: www.clarin.com/politica/macri-mujeres-gustan-piropos-tenes_0_B1MdFTaqDQx.html.
- Conder, Gabriela (2018): Interview mit Sebastián Ezequiel Sustas, 10.10.2018, Buenos Aires.
- Consejo Nacional de la Mujeres (2016): Plan Nacional de Acción para la prevención, asistencia y erradicación de la violencia contra las mujeres 2017–2019. LEY 26.485, Buenos Aires, unter: www.argentina.gob.ar/sites/default/files/plannacionaldeaccion_2017_2019ult.pdf.
- Corte Suprema de la Nación (o. J.): Registro Nacional de Femicidios de la Justicia Argentina, unter: <https://www.csjn.gov.ar/omrecopilacion/omfemicidio/homefemicidio.html>.
- Costa, María Victoria/Sommer, Susana E. (2002): Women’s reproductive rights and public policy in Argentina, in: Salles, Arleen L.F./Bertomeu, María Julia (Hrsg): *Bioethics. Latin American Perspectives*, Amsterdam/New York, S. 53–74.
- Cufre, David (2018): Los jubilados de Macri, in: *Página12*, 27.10.2018, unter: www.pagina12.com.ar/151328-los-jubilados-de-macri.

- D**anani, Claudia/Arias, Ana/Chiara, Magdalena/Gluz, Nora (2018): Instrumentos, estrategias, apoyo y oposición en la contra-reforma de política social. Argentina, 2002–2015, in: *Revista Mercosur de políticas sociales* 2/2018, S. 132–150.
- Di Marco, Graciela (2010): Los movimientos de mujeres en la Argentina y la emergencia del pueblo feminista, in: *La Aljaba*, segunda época 14, S. 51–67, unter: www.scielo.org.ar/pdf/aljaba/v14/v14a03.pdf.
- Dirección Nacional de Maternidad, Infancia y Adolescencia (2017): Análisis de la Mortalidad Materno Infantil 2007–2016 a partir de la información proveniente del Sistema de Estadísticas Vitales de la República Argentina, unter: www.msal.gov.ar/images/stories/bes/graficos/0000001229cnt-analisis-mmi-2007-2016.pdf.
- E**gaña, Camilo (2018): Martín Caparrós: Las mujeres pobres que no pueden pagar clínicas para abortar son las que mueren, 14.8.2018, unter: <https://cnnespanol.cnn.com/video/aborto-argentina-iglesia-votacion-diputados-martin-caparros-sot-camilo/>.
- El Argentino (2011): Cristina ratificó su posición en contra del aborto, 11.11.2011, unter: www.diarioelargentino.com.ar/noticias/99408/cristina-ratifico-su-posicion-en-contra-del-aborto.
- El Destape Web (2018): El misógino comentario de Pichetto: «Se jubilaron mujeres que toman el té a la tarde», 16.11.2018, unter: www.eldestapeweb.com/el-misogino-comentario-pichetto-se-jubilaron-mujeres-que-toman-el-te-la-tarde-n52150.
- ELA – Equipo Latinoamericano de Justicia y Género (2014): Claroscuros en las políticas contra la violencia de género, unter: https://argentina.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Claroscuros_politicas_contra_violencia_genero_2015.pdf.
- Esquivel, Valeria (2007): Género y diferenciales de salarios en la Argentina, in: Novick, Marta/Palomino, Héctor (Hrsg.): *Estructura productiva y empleo. Un enfoque transversal*, Buenos Aires, S. 363–392.

Farji Neer, Anahí (2017): Obstáculos y facilitadores para garantizar el derecho a la salud integral trans en el Gran Buenos Aires y La Plata, in: Revista Argentina de Salud Pública 29, S. 26–30.

Fernández, Melina/Pieruzzini Cid, Rocío (2016): «Ellas Hacen»: análisis de una política pública desde una perspectiva de género, in: II Jornadas de Género y Diversidad Sexual: «Ampliación de Derechos: proyecciones y nuevos desafíos», La Plata.

Ferrari Mango, Cynthia/Campana, Julieta (2018): Del «Argentina Trabaja – Programa Ingreso Social con Trabajo» y el «Ellas Hacen» al «Hacemos Futuro». ¿Integralidad o desintegración de la función social del Estado?, Informe del Observatorio sobre Políticas Públicas y Reforma Estructural 11, Buenos Aires.

Fulco, Mauro (2018): Polémica y cruces por el recorte del presupuesto para combatir la violencia de género, 15.11.2018, unter: <https://borderperiodismo.com/2018/11/15/polemica-y-cruces-por-el-recorte-del-presupuesto-para-combatir-la-violencia-de-genero/>.

Fundación Huésped (2014): Informe sobre la situación de las personas trans en Argentina, 16.5.2014, unter: www.huesped.org.ar/noticias/informe-situacion-trans/.

Gago, Verónica (2018): «Im vergangenen Jahr stand nichts still», Interview mit Jessica Zeller, 7.3.2018, Berlin, unter: www.rosalux.de/news/id/38512/im-vergangenen-jahr-stand-nichts-still/.

Hiller, Renata (2017): Conyugalidad y ciudadanía. Disputas en torno a la regulación estatal de las parejas gay lésbicas en la Argentina contemporánea, unter: www.teseopress.com/ciudadaniaconyugalidad.

Iglesias, Mariana (2018): Según un informe presentado por Marcos Peña. Casi 50 mil mujeres deben ser internadas cada año por complicaciones en abortos, in: Clarín, 15.3.2018, unter: www.clarin.com/sociedad/aborto-provincia-adhirio-protocolo-pidio-corte-registra-mayor-cantidad-complicaciones_0_Bkb55zdKf.html.

Infocielo (2017): Un estudio revela que la jubilación mínima fue en retroceso desde que asumió Macri, 17.2.2017, unter: https://infocielo.com/nota/77251/un_estudio_revela_que_la_jubilacion_minima_fue_en_retroceso_desde_que_asumio_macri/.

Jorquera, Miguel (2008): Las AFJP ya son otro recuerdo de los '90, in: Página12, 28.11.2008, unter: www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-115405-2008-11-21.html.

Kim, Caroline (2017): Revanche der kriminalisierten Körper. Argentinien's Trans*Community wehrt sich gegen sexualisierte Gewalt, in: iz3w Nov/Dez 2017, unter: www.iz3w.org/zeit-schrift/ausgaben/363_sexualisierte_gewalt/kim.

Kirchner, Cristina Fernández de (2015): «No es sólo un problema judicial o policial. Estamos ante una cultura devastadora de lo femenino», 2.6.2015, unter: <https://twitter.com/CFKArgentina/status/605909731387932672>.

Kohan, Jimena (2018): Una metodología para estimar los femicidios en la Argentina a partir de las estadísticas vitales in: Revista CEPAL Notas de Población 6/2018, S. 153–184, unter: www.cepal.org/es/publicaciones/43798-metodologia-estimar-femicidios-la-argentina-partir-estadisticas-vitales.

La Capital, Mar del Plata (2009): Macri ahora está a favor de la unión civil plena, 4.12.2009, unter: www.lacapitalmdp.com/noticias/El-Pais/2009/12/04/128557.htm.

La Casa del Encuentro (o. J.): Femicidios – Año 2008 a 2017, unter: www.lacasadelen-cuentro.org/femicidios03.html.

La Nación (2008): Macri: «Esta reforma es un error criminal», 24.10.2008, unter: www.lanacion.com.ar/1062801-macri-esta-reforma-es-un-error-criminal.

La Nación (2009): «Es el sistema más redistributivo y más justo», dijo Cristina Kirchner, 29.10.2009, unter: www.lanacion.com.ar/1191981-es-el-sistema-mas-redistributivo-y-mas-justo-dijo-cristina-kirchner.

La Nación (2018): Cristina Kirchner, a favor de la legalización del aborto: «Fueron las miles de chicas que se volcaron a la calle quienes me hicieron cambiar de opinión», 9.8.2018, unter: www.lanacion.com.ar/2160696-aborto-cristina-kirchner-a-favor-de-la-legalizacion-del-aborto-fueron-las-miles-de-chicas-que-se-volcaron-a-la-calle-quienes-me-hicieron-cambiar-de-opinion.

La Tinta (2016): La vez que Macri dijo que la homosexualidad es una enfermedad, 15.7.2016, unter: <https://latinta.com.ar/2016/07/la-vez-que-macri-dijo-que-la-homosexualidad-es-una-enfermedad/>.

Ley 25.673 (2002): Programa Nacional de Salud Sexual y Procreación Responsable, 30.10.2002, unter: www.msal.gov.ar/images/stories/ministerio/adolescencia/ley-25673.pdf.

Ley 26.130 (2006): Régimen para las intervenciones de contracepción quirúrgica, 9.8.2006, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/115000-119999/119260/norma.htm>.

Ley 26.150 (2006): Programa Nacional de Educación Sexual Integral, 4.10.2006, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/120000-124999/121222/norma.htm>.

Ley 26.485 (2009): Ley de protección integral para prevenir, sancionar y erradicar la violencia contra las mujeres en los ámbitos en que desarrollen sus relaciones interpersonales, 11.3.2009, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/150000-154999/152155/norma.htm>.

Ley 26.618 (2010): Matrimonio Civil, 15.7.2010, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/165000-169999/169608/norma.htm>.

Ley 26.743 (2012): Identidad de Género, 9.5.2012, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/195000-199999/197860/norma.htm>.

Ley 26.970 (2014): Sistema Integrado Previsional Argentino, 27.8.2014, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/230000-234999/234847/norma.htm>.

Ley 14.783 (2015): Ley de cupo laboral travesti-trans, 17.9.2015, unter: www.gob.gba.gov.ar/legislacion/legislacion/l-14783.html.

Ley 27.499 (2018): Ley Micaela de Capacitación Obligatoria en Género para todas las personas que integran los tres poderes del Estado, 19.12.2018, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/315000-319999/318666/norma.htm>.

Luna, Nahue (2014): De sujetos ideales a sujetos reales: reflexiones sobre el programa «Ellas hacen», X Jornadas de investigación, docencia, extensión y ejercicio profesional: Transformaciones sociales, políticas públicas y conflictos emergentes en la sociedad

argentina contemporánea, La Plata, unter: www.trabajosocial.unlp.edu.ar/uploads/docs/gt14_de_sujetos_ideales_a_sujetos_reales_reflexiones_sobre_el_programa_ellas_hacen_.pdf.

Manucci, Ileana (2018): Educación sexual: cerca de ser ley, in: Pausa, 11.7.2018, unter: www.pausa.com.ar/2018/07/educacion-sexual-cerca-de-ser-ley/.

Mario, Silvia/Pantelides, Alejandra (2009): Estimación de la magnitud del aborto inducido en la Argentina, in: Revista CEPAL, Notas de Población 87, S. 95–120, unter: https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/37695/1/S0700736_es.pdf.

Martínez, Luisa (2016): Cómo y por qué las guarderías influyen en la actividad laboral de las mujeres, 21.6.2016, unter: <https://chequeado.com/el-explicador/como-y-por-que-las-guarderias-influyen-en-la-actividad-laboral-de-las-mujeres/>.

Martínez, Luisa (2018): Navarro Floria: «No hay mujeres presas por abortar», 8.5.2018, unter: <https://chequeado.com/ultimas-noticias/navarro-floria-no-hay-mujeres-presas-por-abortar/>.

Ministerio de Desarrollo Social (2015): Argentina Trabaja. Programa Ingreso Social con Trabajo. Ellas Hacen. Caracterización de titulares a casi dos años de inclusión. Total del País, Buenos Aires.

Ministerio de Justicia (2019): Código Penal de la Nación Argentina, unter: <http://servicios.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/15000-19999/16546/texact.htm>.

Ministerio de Salud y Desarrollo Social (2017): Plan Nacional de Prevención del Embarazo no Intencional en la Adolescencia 2017–2019, unter: www.argentina.gob.ar/sites/default/files/documento_oficial_plan_2019.pdf.

Ministerio de Salud y Desarrollo Social (2018): Carolina Stanley: «La educación y el trabajo son los dos pilares básicos para salir de la pobreza», 26.2.2018, unter: www.desarrollocial.gob.ar/noticias/hacemosfuturo.

Nazábal, Karina (2017): Hubo un tiempo que fue hermoso, in: Ministerio Público de la Defensa (Hrsg.): La Revolución de las Mariposas. A diez años de La Gesta del Nombre Propio, S. 62–66, unter: www.mpdefensa.gob.ar/sites/default/files/la_revolucion_de_las_mariposas.pdf.

Ni una menos (2016): El grito en común, 9.5.2016, unter: www.facebook.com/notes/ni-una-menos/el-grito-en-comun/C3%BAAn/48244846527967.

Ojeda, Marcela (2015): «Actrices, políticas, artistas, empresarias, referentes sociales ... mujeres, todas, bah ... no vamos a levantar la voz? NOS ESTAN MATANDO», 11.5.2015, unter: <https://twitter.com/Marcelitaojeda/status/597799471368564736>.

Pacífico, Florencia Daniela (2015). Mujeres, políticas de «inclusión social» y relaciones de género, in: Álvarez Broz, Mariana/Nuñez Lodwick, Lucía (Hrsg.): Géneros y Sexualidades. II Jornadas de Jóvenes Investigadores en Ciencias Sociales, San Martín, S. 26–31.

Página12 (2018): Un intendente para nada gay friendly, 11.11.2018, unter: www.pagina12.com.ar/153729-un-intendente-para-nada-gay-friendly.

Pérez, Pablo Ernesto (2018): Inserción laboral de jóvenes y desigualdades de género en la argentina reciente, in: Revista Reflexiones 1/2018, S. 85–98.

Perfil (2012): Donda posó como una mujer golpeada, 29.8.2012, unter: www.perfil.com/noticias/sociedad/donda-poso-como-una-mujer-golpeada-20120829-0017.phtml.

Perfil (2018): Cristina Kirchner votó a favor de la legalización del aborto, 9.8.2018, unter: www.perfil.com/noticias/politica/cristina-en-el-peronismo-tendremos-que-ser-nacionales-populares-y-feministas.phtml.

Pikielny, Astrid (2018): Beatriz Sarlo. «Los hijos son una decoración extra en la vida de las famosas del show business», in: La Nación, 29.7.2018, unter: www.lanacion.com.ar/2156708-beatriz-sarlo-los-hijos-son-una-decoracion-extra-en-la-vida-de-las-famosas-del-show-business.

Pisani, Silvia (2003): Cristina Kirchner: no soy progre, soy peronista, in: La Nación, 27.11.2003, unter: www.lanacion.com.ar/549086-cristina-kirchner-no-soy-progre-soy-peronista.

Prieto, Alan (2018): Interview mit Sebastián Ezequiel Sustas im Rahmen der «XIII Jornadas Nacionales de Debate interdisciplinario en Salud y Población, Mesa de cierre: La ley de aborto el día después», 3.8.2018, Buenos Aires.

Rodríguez, Celina (2018): Interview mit Sebastián Ezequiel Sustas im Rahmen der «XIII Jornadas Nacionales de Debate interdisciplinario en Salud y Población, Mesa de cierre: La ley de aborto el día después», 3.8.2018, Buenos Aires.

Schvartzman, Elsa (2018): Interview mit Sebastián Ezequiel Sustas, 5.8.2018, Buenos Aires. Segato, Rita (2018): Nuestro continente asiste a una recolocación de un discurso de poder patriarcal, Interview mit Nadia Fink und Florencia Puente, 8.3.2018, unter: <https://rosaluxspba.org/es/rita-segato-nuestro-continente-asiste-a-una-recolocacion-de-un-discurso-de-poder-patriarcal/>.

Slipczuk, Martín (2017): CFK: «Terminamos nuestro gobierno con casi el 97 % de la población en condiciones de acceder a una jubilación o a una pensión con cobertura», 26.5.2017, unter: <https://chequeado.com/ultimas-noticias/cfk-terminamos-nuestro-gobierno-con-casi-el-97-de-la-poblacion-en-condiciones-de-acceder-a-una-jubilacion-o-a-una-pension-con-cobertura/n>.

Slipczuk, Martín (2018): Presupuesto 2019: si se tiene en cuenta la inflación, todos los ministerios tendrán menos fondos, 18.9.2018, unter: <https://chequeado.com/el-explicador/presupuesto-2019-si-se-tiene-en-cuenta-la-inflacion-todos-los-ministerios-tendran-menos-fondos/>.

Socorristas en Red (2018): Declaración de la 7ma. Plenaria Nacional de Socorristas en Red (feministas que abortamos) en Argentina, unter: <http://socorristasenred.org/declaracion-de-la-7ma-plenaria-nacional-de-socorristas-en-red-feministas-que-abortamos-en-argentina/>.

Sohr, Olivia (2018): El Gobierno entregó menos métodos anticonceptivos, in: La Nación, 2.10.2018, unter: www.lanacion.com.ar/2177537-el-gobierno-entrego-menos-metodos-anticonceptivos.

- T**élam (2010): Cristina presentó la ley contra la violencia de género, 19.6.2010, unter: www.youtube.com/watch?v=6McbJA7vYys.
- Télam (2014): Cristina anunció nueva moratoria para jubilados e incorporación de más vacunas a calendario, 4.6.2014, unter: www.youtube.com/watch?v=uA-RWnchzC4.
- Télam (2018a): Macri, sobre el aborto: «Estoy a favor de la vida, pero también a favor de los debates maduros», 1.3.2018, unter: www.youtube.com/watch?v=CtdShjnWjmg.
- Télam (2018b): ¿Qué provincias cuentan con un protocolo no punible para abortar?, 21.3.2018, unter: www.telam.com.ar/notas/201803/262182-protocolo-aborto-no-punible-provincias.html.
- Todo Noticias (2010): La carta completa de Bergoglio, 8.7.2010, unter: https://tn.com.ar/politica/la-carta-completa-de-bergoglio_038363.
- U**NICEF (2017): Análisis y propuestas de mejoras para ampliar la Asignación Universal por Hijo, unter: www.unicef.org/argentina/sites/unicef.org/argentina/files/2018-04/inclusion_AUH_WEB2018.pdf.
- V**alente, Marcela (2009): Argentinien: Kindergeld für Arme, in: *neues deutschland*, 11.11.2009, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/158951.argentinien-kindergeld-fuer-arme.html.
- Vallejos, Soledad (2019a): El cuento de la criada es oficial, in: *Página12*, 7.3.2019, unter: www.pagina12.com.ar/179065-el-cuento-de-la-criada-es-oficial.
- Vallejos, Soledad (2019b): El 0800 antiderechos terminaría cancelado, in: *Página12*, 15.3.2019, unter: www.pagina12.com.ar/180962-el-0800-antiderechos-terminaria-cancelado.
- Vargas, Giselle (2018): «Con mis hijos no te metas»: Argentina marchó contra la ideología de género, in: *ACI Prensa*, 29.10.2018, unter: www.aciprensa.com/noticias/con-mis-hijos-no-te-metas-argentina-marcho-contra-la-ideologia-de-genero-63468.
- W**ayar, Marlene (2018): Interview mit Jessica Zeller im Rahmen einer nicht öffentlichen Veranstaltung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 3.12.2018, Berlin.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

